

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 27. Mai 1905.

№ 61.

Für den Monat Juni

nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den "Corr." zum Preise von 22 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

V. Deutscher Gewerkschaftskongress.

-x- Köln, 23. Mai 1905.

Zweiter Tag.

Bei Eröffnung der Vormittagsitzung erstattet Massini den Bericht der Mandatsprüfungskommission, wonach 215 Delegierte anwesend sind. Von diesen gehören 69 den Gewerkschaftskartellen an.

Sodann wird in der Beratung fortgefahren. Schwarz-Danzig (Maurer) wendet sich gegen die Anträge, welche die Schaffung eines Kampffonds bezwecken, aus dem alle Streiks unterstützt werden sollen. In einem solchen Falle würde niemand mehr Gelder für Streiks in den Organisationen aufbringen. Außerdem sei nicht ausgeschlossen, daß immer noch größere Streiks die Aufbringung gewaltiger Mittel erfordern. Eichhorn-Karlsruhe (Glaser) zieht auf dem Standpunkte, daß die Organisationen ihre Streiks aus eignen Mitteln aufbringen müssen. Folgender Antrag zur „Streikunterstützung“ findet die nötige Unterstützung und wird zur Diskussion gestellt: „Der Gewerkschaftskongress erklärt: Es liegt im Interesse erfolgreicher Durchführung von wirtschaftlichen Kämpfen, wenn die einzelnen Gewerkschaften die zur Führung von Streiks notwendigen Gelder selbst zu decken in der Lage sind. Wo eine Unterstützung seitens der allgemeinen Arbeiterschaft notwendig ist, kann dieselbe nur nach vorheriger Zustimmung der Generalkommission und der Gewerkschaftsvorstände erfolgen. Etwas Heberschüsse werden der Generalkommission zu Agitations- und Hilfszwecken überwiesen. Bei solchen Streiks, wo die allgemeine Arbeiterschaft zur Unterstützung herangezogen wird, ist die Generalkommission berechtigt, über die Fortführung und Beendigung des Streiks mit zu entscheiden.“

Hüttmann-Frankfurt a. M. (Maurer) wendet sich ebenfalls gegen die Schaffung eines beantragten sogenannten Generalkampffonds. Solche Ideen konnten wohl in früheren Jahren aufstehen, heute haben sie keine Berechtigung mehr. Wenn sich einer auf den andern verläßt, wird er nie seine Kraft entwickeln können. Redner warnt eindringlich vor der Anlegung solcher Fonds, weil dadurch die gesunde Entwicklung der Gewerkschaften zerstört wird. Solche Streiks, wo Arbeiter in den Streit treten, ohne Mittel zu besitzen, müssen in der Zukunft unmöglich gemacht werden.

Behrendt-Hamburg (Bauarbeiter) schildert die Entwicklung seiner Organisation. Vorhölzer-Stuttgart (Metallarbeiter) verlangt für die Zukunft die Festlegung einer gewissen Richtschnur, damit sich solche Dinge wie in Grimmitzschau nicht wiederholen können. In allererster Linie haben die Gewerkschaften selbst für die nötigen Mittel aufzukommen, ihre Organisationen zu stärken, um so drohenden Ereignissen auf dem Wirtschaftsgebiete begegnen zu können. Wenn den Arbeitern zugemutet wird, Millionen aufzubringen, müssen sie auch mitzuten können und wissen, wie eine Sache geführt werden soll. Redner meint dann, es könne mit der Neutralitätsbuselei nicht so weiter gehen, wie sie beim Bergarbeiterstreik hervorgerufen sei. Verlyte-Dresden (Holzarbeiter) will ein Eingreifen der Generalkommission bei größeren Streiks nur unter gewissen Bedingungen zulassen. Aber unter allen Umständen muß irgendwie der allgemeinen Arbeiterschaft, wenn sie Streiks unterstützen soll, eine Kontrolle gestattet sein.

Reichel-Stuttgart (Metallarbeiter) spricht ebenfalls gegen die Gründung eines sogenannten Generalkampffonds, weil dadurch das Streben der Gewerkschaften nach weiterer Bervollkommnung gehindert wird. Allerdings sind trotz dem Fälle möglich, wo mit elementarer Gewalt hervorbrechende Bewegungen nicht verhindert werden können. Redner plädiert für Einsetzung einer Kommission, welche alle vorliegenden Anträge zu einem einzigen verbinden soll. Schumann-Berlin (Handels- und Transportarbeiter) wendet sich ebenfalls gegen die Schaffung eines

Streikfonds. Brückner-Berlin (Graveur) desgleichen. Wollmann-Berlin (Porzellanarbeiter) glaubt, daß die gepflogene Diskussion darauf hinweise, daß nur die größeren Gewerkschaften unterstützt werden sollten. Man solle die kleineren Gewerkschaften nicht vergessen, die bei Streiks der großen Organisationen ebenfalls in den Beutel greifen müssen. Gemeinsame Interessen bedingen gemeinsame Unterstützung. Es sei gleichgültig, in welcher Form man die Mittel beschaffen wolle, aber gesehen müsse etwas. Brückner-Berlin (Buchbinder) wendet sich dagegen, daß man die Generalkommission als eine Art Sparbüchse betrachte, aus der jeder seinen Teil bekomme. Wenn man einen Kampffonds bei der Generalkommission anlegen wolle, müge man auch die Streitigkeiten bedenken, die bei der Verteilung der Gelder entstehen müßten. Unangenehm ist der Redner davon berührt, daß beim Bergarbeiterstreik die Generalkommission und die Partei getrennte Sammelstellen für die Streikenden errichteten. Bei wirtschaftlichen Aktionen soll lediglich die Generalkommission als Zentralstelle bei Sammlungen in Betracht kommen. Denn auch aus taktischen Gründen sei hier ein Eingreifen der Partei nicht zu empfehlen, weil man da in bürgerlichen Kreisen sage, daß die Partei die Arbeiter in den Streit dränge.

Steinbrin-Eberfeld (Textilarbeiter) verteidigt seine Organisation gegen die erhobenen Vorwürfe. Leipart-Stuttgart (Holzarbeiter) erklärt, es habe einen peinlichen Eindruck in Deutschland gemacht, daß der Leberich aus den Sammlungen für die Grimmitzschauer Textilarbeiter in die Kasse des Textilarbeiterverbandes geflossen sei. Redner verwirft im Interesse der deutschen Gewerkschaften die gestellten Anträge, welche mehr oder minder die Schaffung eines sogenannten Generalkampffonds zum Endziele haben. Redner begründet im Verlaufe seiner Rede nachstehende, von ihm selbst eingebrachte Resolution: „In bezug auf die Streikunterstützung ist mit ganzer Entschiedenheit an dem Grundsatze festzuhalten, daß die Führung der Streiks, so auch die Beschaffung der Mittel zu ihrer Unterstützung Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft selbst ist, und daß die allein richtige Form der Beschaffung der Mittel die Erhebung ausreichend hoher Mitgliederbeiträge ist. Der Kongress macht es deshalb allen Gewerkschaften zur Pflicht, diesem Grundsatze entsprechend einerseits, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre regelmäßigen Beiträge so festzusetzen, daß sie ihnen auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbstständigkeit sichern, andererseits aber auch bei der Beschlußfassung über Arbeitseinstellungen sich immer im Rahmen der eignen finanziellen Leistungsfähigkeit zu halten. Die Aufbringung von Mitteln zur Streikunterstützung durch allgemeine Sammlungen ist zu verwerfen, wenn jedoch bei unerwartet großen Streiks oder Ausperrungen ausnahmsweise die finanzielle Hilfe der gesamten organisierten Arbeiter zur erfolgreichen Durchführung solcher außerordentlichen Kämpfe im allgemeinen Interesse notwendig wird, soll die Generalkommission ermächtigt sein, auf Antrag der betreffenden Gewerkschaft unter Zustimmung der übrigen Zentralvorstände die Beschaffung genügender finanzieller Mittel eventuell durch Bornaahme allgemeiner Sammlungen zu veranlassen. Die Gewährung jeder derartigen Unterstützung hat zur Voraussetzung, daß der Generalkommission von der betreffenden Gewerkschaft über die Leitung des Kampfes und alle taktischen Maßnahmen bis zu seiner Beendigung das Beschlüßrecht eingeräumt wird, wie auch über die zweckmäßige Verteilung der gesammelten Gelder nur die Generalkommission zu entscheiden hat.“

Schleef-Hamburg (Hasenarbeiter) verweist auf die Schwierigkeiten, welche die Arbeiter zwingen, auf die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft Anspruch zu erheben. Außerdem treiben oft die unorganisierten Arbeiter die Gewerkschaften in den Streit, weil die Empörung über ihre Unterdrückung diese unorganisierten Massen zu impulsiven Taten drängt.

v. Elm-Hamburg (Zigarrenfortierer) ist der Meinung, daß eine Regelung in der Streikunterstützungsfrage eintreten müsse. Diese Erkenntnis sei ja allgemein in der Diskussion hervorgetreten. Redner geht auf die Auffassungen ein, die vor zehn Jahren bezüglich der Errichtung eines allgemeinen Streikfonds bestanden, und meint, daß in England bereits ein solcher bestehe. Wollte man das aber nicht, könne man dem Beispiele der dänischen Arbeiter

folgen, die in Streikfällen obligatorische Beiträge erheben. Die Hauptsache sei aber, daß vor Beginn eines Streiks die Generalkommission im Kenntnis gesetzt wird. In Dänemark tritt die Allgemeinheit nur dann bei Streiks materiell helfend ein, wenn die betreffende Organisation einen bestimmten Teil der Streikenden zu unterstützen in der Lage ist. Es muß ein System geschaffen, ein Weg gesucht werden, den Wirrwarr, die Anarchie der Sammlungen, aus der Welt zu schaffen, denn gerade dadurch werde immer der Widerstand der Unternehmer gestärkt, weil diese glauben, diese Sammlungen seien das Letzte, verzweifelte Mittel der Streikenden, sich über Wasser zu halten. Wenn das Geld, das beim Ende des Grimmitzschauer Streiks vorhanden gewesen ist, am Anfange vorhanden gewesen wäre, würden es sich die Unternehmer überlegt haben, es zum äußersten kommen zu lassen.

Pokorny-Zwidau (Bergarbeiter) verteidigt die Bergarbeiter gegen erhobene Beschuldigungen, geht auf die Lage der deutschen Gewerkschaften ein und will im übrigen nichts paragrafieren bezuglich der Streikunterstützung. Sachse-Bodrum (Bergarbeiter) erörtert die Verhältnisse während und bei Beendigung des Bergarbeiterstreiks und weist den Vorwurf zurück, daß der alte Verband der christlichen Organisation den Schaden gestiftet hätte. Schrader-Hannover (Textilarbeiter) erklärt, daß beim Eintritte in den Kampf die größere Zahl der Grimmitzschauer Textilarbeiter organisiert gewesen sei. Redner erklärt, daß der Vorstand seines Verbandes beim Ausbruche des Bergarbeiterstreiks aufgesordert worden sei, kräftigere Hilfe zu leisten, es sei aber nicht zu erzielen gewesen.

Döblin-Berlin (Buchdrucker) erklärt, er habe nicht nötig, gegen einzelne Ausführungen zu polemisieren, sondern wolle sich auf den streng sachlichen Boden stellen; bei dieser Angelegenheit könnten nur praktische Gesichtspunkte maßgebend sein. Die Anregung, einen allgemeinen Streikfonds zu gründen, sei der Tatsache zuzuschreiben, daß beim Grimmitzschauer Streik nicht Mangel an Geldern vorhanden war, sondern daß zu viel übrig geblieben sei. Diese Mißstände müssen beseitigt werden. Streiks, wo Hunderttausende von Arbeitern in Fragen kommen, können durch Geld überhaupt nicht gehalten werden. Bei Streiks, die sich im gewöhnlichen Rahmen bewegen, wird die Solidarität der Arbeiterschaft wie bisher ausreichend eingreifen. Wenn aber der Gewerkschaftskongress jetzt diese Frage in eine bestimmte Form bringen will, geht er über seine Befugnisse hinaus, denn alle daraus entstehenden Schwierigkeiten seien nicht abzusehen und könnten unter Umständen den einzelnen Gewerkschaften Schaden bringen. Redner empfiehlt die Resolution Leipart, die das Richtige treffe. Wenn Gelder aus Sammlungen abzuführen sind, darf man nicht der Generalkommission es überlassen, über die Verwendung dieser Gelder zu bestimmen; das darf nur mit Zustimmung der Zentralvorstände geschehen. Die Resolution der Metallarbeiter hält Redner nicht für glücklich gefaßt. Wenn der Vorwurf erhoben worden sei, daß einzelne Gewerkschaftskartelle von den Sammlungen zugunsten der Grimmitzschauer Weber Gelder zurückbehalten hätten, so sei dieser Vorwurf nicht berechtigt; denn einmal bestanden keine Vorschriften, welche die Kartelle verpflichten, diese Gelder abzuliefern, andernfalls wäre der Leberich des Textilarbeiterverbandes noch größer gewesen, wenn die betreffenden Kartelle das zurückbehaltenen Geld noch an die Textilarbeiter abgeliefert hätten.

Es wird sodann eine Kommission aus sieben Mitgliedern gewählt, welche die vorliegenden Anträge und Resolutionen zur Frage der Streikunterstützung bearbeiten und dem Kongresse eine entsprechende Vorlage machen soll.

In einer hierauf vorgenommenen Abstimmung wird im Sinne der Resolution Leipart beschlossen, daß die Gewerkschaften ihre Beiträge so zu gestalten haben, daß sie die Kämpfe aus eignen Mitteln führen können. Sodann wird beschlossen, daß die Generalkommission das Recht haben soll, Sammlungen auszusprechen, ebenso soll sie das Recht haben, den Gewerkschaften zu empfehlen, Extrabeiträge auszusprechen. Ferner wird beschlossen, daß alle gesammelten Gelder nur an eine Zentralstelle, und zwar an die Generalkommission, eingekauft werden sollen.

Bei Beginn der Nachmittagsjitzung wird eine fünfzehngliedrige Kommission gewählt, welche sich mit den Anträgen in bezug auf Streikunterstützung und Streikstatistik zu befassen hat.

Es kommt nunmehr die Resolution, welche die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber betrifft, zur Behandlung sowie ein die Heimarbeit betreffender Antrag. Eine Anzahl Redner äußert sich in detaillierter Darstellung über die Notwendigkeit der Abschaffung der ersteren, die Arbeiter schwer schädigenden Einrichtung, die sich im Wesen der Sache sowohl beim reichhaltigsten Kleinmeister wie beim Fabrikfeudalismus vorfindet. Nach beendeter Diskussion wird zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge und Resolutionen geschritten. Angenommen wird folgender Antrag 37: „Vorläufe der Zweigvereine der Verbände in Wiesbaden: Der Gewerkschaftskongress beauftragt die Generalkommission, beim Bundesrat die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter durch Bundesratsverordnung zu fordern.“ Ebenso wird folgender Resolution Stühmer (Schneider) zugestimmt: „Der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt: Die Forderungen des Heimarbeiterschutzes in Berlin an die Gesetzgebung sind das Minimum dessen, was zum Schutze der Heimarbeiter verlangt werden muß. Es hat den Anschein, daß die Reichsregierung gar nicht gewillt ist, diese Materie gesetzlich zu regeln, weil sie trotz aller Erhebungen bis jetzt dem Reichstage noch nicht einmal einen Heimarbeiterschutzesentwurf unterbreitet hat. Die Arbeitervertreter im Reichstage werden aufgefordert, die Regierung fortgesetzt an ihre Pflicht zu erinnern, bzw. einen selbständigen Gesetzesentwurf einzubringen. Ferner verpflichtet der Kongress sämtliche Gewerkschaften, nach Kräften alle Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, eine Besserung der elenden Zustände in den Heimarbeitersindustrien herbeizuführen.“

Angenommen wird ebenfalls folgende von der Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges eingebrachte Resolution: „Die Bekämpfung und schließlich Beseitigung des Kost- und Logiszwanges liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Für die Arbeiter der kleinen Betriebe bildet der bestehende Kost- und Logiszwang die hauptsächlichste Ursache ihrer Minderwertigkeit. Die großen Schwierigkeiten, welche sich bei der Heranziehung solcher Arbeiter zu ihren Berufsorganisationen ergeben, finden ihre Erklärung hauptsächlich in dem Abhängigkeitsverhältnisse, in welches die beim Meister wohnenden Gehilfen zu diesem geraten. Die Annahme, daß die kleinen Betriebe und damit das Wohnen beim Meister langsam im Abnehmen begriffen sei, wäre schon an sich verfehlt, denn Zweigbetriebe werden in absehbarer Zeit noch in fast allen Industriezweigen — und sei die Zentralisation der Betriebe im allgemeinen noch so weit vorgeschritten — nebenher weiterbestehen; vor allem trifft dies zu für die mittleren und kleinen Städte. Der Kost- und Logiszwang ist aber keineswegs beschränkt auf die Kleinbetriebe, sondern auch die moderne Großindustrie hat sich dieses veraltete System zunutze gemacht; die modernen Feudalherren unserer heutigen Industrie, die Bergwerksbesitzer, die großindustriellen Eisens-, Woll- und Lebermagagnaten usw. bebauen sich in steigendem Maße der Errichtung von Arbeiterwohnhäusern, um sich durch diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“ eine abhängige, widerstandsunfähige und billige Arbeitermasse zu sichern. Die Arbeiterinnen-, die Ledigenheime, die Arbeiterkolonien und sonstige, von sogenannten christlichen oder humanitären Gesellschaften errichteten und als „Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen“ gepriesenen Anlagen wirken bewußt oder unbewußt häufig in der gleichen Richtung. Zu hygienischer und sanitärer Beziehung entsprechen die vom Unternehmer dem Arbeiter angewiesenen Wohnungen in den allermeisten Fällen nicht den besten Anforderungen. Vom kulturellen, gesundheitlichen und sittlichen Standpunkte aus ist daher der Kost- und Logiszwang beim Unternehmer zu bekämpfen. Als die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges empfiehlt der Kongress: Durch Vorträge in Gewerkschaftsversammlungen und geeignete Mittel in der Presse sind die Arbeiter selbst über das Kulturwirdige und Entwürdigende dieses Systems aufzuklären. Aber auch das konsumierende Publikum ist in Wort und Schrift auf die gesundheitsgefährlichen, oft ekelserregenden Zustände, die sich häufig genug als indirekte Folge des Kost- und Logiszwanges in den Betrieben der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ergeben, aufmerksam zu machen. Denselben Zwecke haben die von den Berufsorganisationen aufzunehmenden Erhebungen, bei denen auch die Photographie mit Vorteil angewandt werden kann, zu dienen. Es empfiehlt sich, bei jedem Streik von Arbeiterkategorien, bei denen der Kost- und Logiszwang ganz oder teilweise noch vorherrscht, die Forderung auf Beseitigung desselben mit zu stellen. Schließlich ist auf Grund des vorhandenen und noch zu sammelnden Materials in systematischer Weise die öffentliche Meinung, die Volksvertretung und die Regierung zu beeinflussen, damit eine Aenderung der Gesetzgebung herbeigeführt wird, dahingehend, daß die Unternehmer verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und in bar auszus zahlen. Bis eine endgültige Regelung dieser Materie erfolgt, fordert der Kongress die Gewerkschaftsorganisationen einschließlich der Gewerkschaftskartelle auf, für strikte Einhaltung der bestehenden behördlichen, sanitären Vorschriften Sorge zu tragen bzw. auf Schaffung solcher zu dringen. Indem der Kongress die Kommission für Beseitigung des

Kost- und Logiszwanges mit der Erfüllung aller dieser Aufgaben betraut, erklärt er es als eine unbefugte Notwendigkeit, daß die Kommission noch fernsehendende gewerkschaftliche Verbände, soweit deren Angehörige ganz oder teilweise von dem Kost- und Logiszwang mit betroffen werden, dieser beitreten und sie materiell unterstützen.“

Ferner wird der Generalkommission anheimgegeben, nach Bedarf einen neuen Heimarbeiterschutzeskongress einzuberufen.

Die Kosten für die Arbeiten der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges sind ab 1. Januar 1906 von der Generalkommission zu übernehmen.

Den Bericht über das Zentralarbeitersekretariat (Punkt 3 der Tagesordnung) gibt Robert Schmidt, der Sekretär desselben. Es sei merkwürdig, daß mit den wachsenden Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung die Neigung bei der bürgerlichen Klasse wachse, gegen diese gesetzgeberische Tätigkeit Front zu machen. Den Arbeitersekretären werde fälschlich vorgeworfen, sie förderten die Sucht nach Rente; wir sind in Gefahr, eine Nation der Rentenempfänger zu werden, schreie das Blatt der Berufsgenossenschaften. Der Arbeiter leide schwer unter dem jetzigen berufsgenossenschaftlichen Verfahren, weil nicht zu seiner Kenntnis gelange, auf welcher Unterlage seine Sache beurteilt werden solle; auch mit Demütigung werde vielfach gegen die Unfallsverträge gearbeitet. Wir müssen entschlossen bekämpfen, daß beim Parlament, bei der Regierung und bei den Richtern versucht werde, gegen die Arbeiter Stimmung zu machen, denen man vorwirft, sie erheben in frivolster Weise übertriebene Ansprüche. Die erste Forderung einer besser geführten Verwaltung ist die unabhängige Stellung des Arztes. Der § 69 des Unfallversicherungsgesetzes bestimmt zwar, daß noch ein zweiter Arzt zu einem Gutachten herangezogen ist, wenn der betreffende Arzt eine Vertrauensstellung bei einer Berufsgenossenschaft inne hat. Aber diese Bestimmung hat keinen praktischen Wert, da mit ihr in einer Art umgegangen wird, die dem Sinne des Gesetzes nicht entspricht. Redner geht dann in besonderem auf die einschlägigen Verhältnisse bei den Bergarbeitern ein. Im allgemeinen haben nebenkrankte Arbeiter am schwersten unter dem Verdachte der Simulation zu leiden. Von 17352 Projekten vor dem Reichsversicherungsamt hat das Zentralarbeitersekretariat in über tausend Fällen die Vertretung wahrgenommen, die Berufsgenossenschaften aber waren in 4199 Fällen vertreten; so wenig benutzen also die Arbeiter ihre Institutionen. Das größte Gewicht bei der Invalidenversicherung müsse darauf gelegt werden, daß nicht etwa infolge Arbeitslosigkeit oder nur gelegentlicher Arbeit die Anwartschaft verloren geht, die auch durch Kleben von 20 oder 40 Marken der niedrigsten Beitragsklasse erhalten werden kann. Denn mit dem Verluste der Anwartschaft auf die Rente schwindet auch die Aussicht auf das Heilverfahren. Der Bundesrat hat noch immer keine Verordnung zur Versicherungsspflicht der Heimarbeiter herausgegeben, das ist ein kennzeichnendes Beispiel für den Stillstand unserer Sozialreform. Hat doch das Reichsversicherungsamt eine alte Frau, die sechs Jahre lang Gänge für einen Bäckermeister besorgte und 1,25 Mk. pro Tag verdiente, als selbständige Unternehmerin eingeschätzt und ihr die Rente verweigert. Bei den Waisen zu den unteren Verwaltungsbehörden haben die Gewerkschaftskartelle trotz der großen Bedeutung der Sache, vielleicht wegen des komplizierten Verfahrens, wenig Verständnis und Interesse gezeigt; besonders fehlten alle Beziehungen zu den Krankenkassen. Graf Posadowsky kündigte in diesem Jahre eine große Reform der Versicherungsgebung an, fügte aber hinzu, daß er nicht wisse, ob er es noch erleben werde. Jagend und zitternd geht so die Regierung in der Sozialpolitik vorwärts. Wir haben von Anfang an den lebhaften Wunsch nach einer einseitigen Gestaltung der Versicherungsgebung gehabt. Jetzt habe er gleichwohl keinen lebhaften Drang nach dieser zentralen Organisation, weil zu befürchten, daß den Krankenkassen ihre Selbstverwaltung genommen werden wird. So viel Angriffe gegen die Krankenkassen auch von Unternehmern und unbewillenden Ärzten gerichtet werden, wir können unweigerlich feststellen, daß sie in jeder Beziehung ihre Aufgabe erfüllt haben. Bei der Gründung des Reichsarbeitersekretariats ist befrachtet worden, es werde bei seiner Tätigkeit Schwierigkeiten bei den Behörden finden. Das ist nicht eingetrossen. Durch die Schaffung des Reichsarbeitersekretariats haben die deutschen Gewerkschaften wieder gezeigt, daß sie den Arbeitern Schutz und Schirm sind in gebunden wie in freien Tagen.

Eine Diskussion über das Referat findet nicht statt. Ein Antrag, der Generalkommission und den Zentralarbeitersekretären Entlastung zu erteilen, wird einstimmig angenommen.

* * *

—x— Köln, 24. Mai 1905.

Drifter Tag.

Bei Beginn der Sitzung nimmt das Wort v. Elm zu dem Tagesordnungspunkte: „Gewerkschaften und Genossenschaften“. Der Standpunkt des Redners in dieser Frage ist unseren Lesern bekannt, so daß wir in unser Berichterstattung uns auf die wichtigsten Punkte beschränken können. Der Redner verweist zunächst auf die Anfänge des Genossenschaftswesens, welches durch die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung teils bekämpft, teils vernachlässigt worden sei. Wer der Genossenschaftsbewegung höhere Ziele als die Dividende stellt, gilt heute

nicht für ganz prinzipienrein. Wer das Genossenschaftswesen auf den Krämerstandpunkt herabdrückt, kann auch nur als Krämer handeln. Die deutschen Konsumvereine haben heute eine Million Mitglieder, was besagen will, daß fünf Millionen Menschen an den Konsumvereinen interessiert sind. Der Jahresumsatz beträgt 250 Millionen Mark, die Rückvergütung 20 Millionen Mk. Wäre ein einheitlicher Wille in der deutschen Arbeiterschaft vorhanden, könnte man in der genossenschaftlichen Produktion vieles herstellen, was heute aus Zuckhäusern, in der Heimindustrie, überhaupt aus der Privatindustrie bezogen wird. Redner gibt sodann eine Statistik über 45 Konsumvereine, die über 3000 Angestellte beschäftigen, denen fast allgemein die Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung bezahlt werden. Eine Statistik des Lagerhalterverbandes, welche Redner bekannt gibt, erstreckt sich über 222 Vereine, welche 912 männliche und 98 weibliche Lagerhalter beschäftigen. Von diesen haben 503 des Sonntags gänzlich frei; 1 bis 3 Stunden werden 333 beschäftigt, und die gesetzlich zulässige Zeit (1 bis 5 Stunden) werden nur 147 beschäftigt. Ferien, die in der Regel 7 bis 8 Tage betragen, werden 607 Angestellten bewilligt. Außer dem Gehalte kommen für eine große Zahl der Lagerhalter noch freie Wohnung oder Wohnungsentzückung in Betracht. Was die Bezahlung der Verkäufer und Verkäuferinnen betrifft, so ist diese sehr verschieden. Nach des Redners Statistik beträgt der Lohn 8 bis 27 Mk. pro Woche. Die geringsten Löhne werden dort bezahlt, wo die Mitglieder die höchsten Dividenden beziehen. Redner gibt zum Beweise dessen einige charakteristische Daten bekannt; so bezahlt z. B. ein Verein 15 Proz. Dividende und dem Lagerhalter einen wöchentlichen Lohn von 15 Mk., bei einer Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. In einem größeren Vereine werden die Verkäuferinnen mit 8 Mk. eingestellt und erreichen nach achtjähriger Tätigkeit das „Höchstgehalt“ von 16 Mk. Dabei bezahlt der Verein 14 Proz. Dividende. Redner meint, daß die Arbeiter verpflichtet wären, ihre Angelegenheiten von höheren Gesichtspunkten aus zu bejahen, als dies in der Privatindustrie der Fall ist. Bezüglich des Kontorpersonals ist daselbe so mannigfaltig, daß es schwer fällt, hier einen einheitlichen Tarif zu schaffen, doch sollten die größten Ungleichheiten beseitigt werden. Redner geht über zu den tariflichen Bestrebungen der Handels- und Transportarbeiter mit den Konsumvereinen. Leider seien diese Verhandlungen gescheitert, weil diese Angelegenheit nicht genügend vorbereitet war, weshalb auch der Beschluß auf dem Hamburger Genossenschaftstage ein vorzeitiger sei. Beide Seiten müssen den guten Willen bekunden, etwas gemeinsames zu schaffen, dann ist eine Einigung nicht besonders schwer. Nur müßten die Handels- und Transportarbeiter einen Pfost zurücktreten. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, zwischen den Angestellten der Konsumvereine und denjenigen der Privatbetriebe einen allzu großen Unterschied zu schaffen; das liegt nicht einmal im Interesse der Gewerkschaften, obwohl selbstverständlich die Arbeiter in den Konsumvereinen besser bezahlt werden müssen als in der Industrie überhaupt. Redner geht sodann des näheren auf den von den Handels- und Transportarbeitern den Konsumvereinen vorgelegten Tarif ein und stellt fest, daß ganz bedeutend höhere Sätze den Konsumvereinen gegenüber geltend gemacht werden als dies für die übrigen Geschäfte gilt und mit ihnen tariflich vereinbart ist. Die Differenzen sind ganz exorbitante und betragen z. B. in der Arbeitszeit bis zu zwei Stunden täglich und im Minimum des Lohnes bis zu 6 Mk. wöchentlich. In Wirklichkeit sind aber heute schon die Verhältnisse der Handels- und Transportarbeiter bei den Konsumvereinen bessere als in anderen Geschäften. Redner belegt dies mit Ziffern. Bei Abschluß eines Tarifes soll selbstverständlich nicht auf die Verhältnisse der reichhaltigsten Vereine Rücksicht genommen werden, aber man darf einen Tarif auch nicht in die Luft bauen; er muß allgemein anzuwenden möglich sein und den Verhältnissen sich anpassen. Redner geht zum Bäckerzweige über, den die Genossenschaften samt und sonders anzuerkennen hätten, da abgeschlossene Tarife durchgeführt werden müßten, und in erster Linie von jenen, welche auf die Unterstützung der Arbeiterschaft rechnen. Redner resümiert, daß im allgemeinen die Genossenschaften einen gewaltigen Fortschritt gegenüber den Privatbetrieben gemacht haben. Arbeitszeit und Arbeitslohn stehen in hohem Maße bei den Konsumvereinen über gleichartigen Betrieben in der Privatindustrie. Die Konsumvereine haben aber nicht nur die Aufgabe, ihren Angestellten eine gute Erziehung zu gewähren, sondern sie haben höhere Aufgaben im Interesse eines bedeutsamen Genossenschaftswesens zu leisten.

Redner geht nun auf eine Statistik über die englischen Genossenschaften näher ein. Im Jahre 1903 betrug die Zahl der produzierenden Genossenschaften 1202, dieselben verteilten sich auf das vereinigte Königreich wie folgt: England und Wales hatte 769, Schottland 224 und Irland 224; die irischen Genossenschaften bestanden vorwiegend aus Molkereien. Der Totalwert der Produktion der Genossenschaften steigt fortwährend. Im Jahre 1903 betrug derselbe 15302062 Sch. (306041240 Mk.) gegen 4966252 Sch. (99325040 Mk.) im Jahre 1894. Es ist dieses eine Steigerung der jährlichen Produktion von 208 Proz. in einem zehnjährigen Zeitabschnitte. Das rapide Wachstum ist vorwiegend den Konsumgenossenschaften zuzuschreiben, die selbst Zweige der Produktion in die Hand genommen haben. Im Jahre 1903 produzierten diese Genossenschaften Waren im Werte von 220 689 880 Mk

oder 72,1 Proz. der Gesamtproduktion aller Genossenschaften gegen 12392060 Mk. im Jahre 1894 oder 52,7 Proz. der Gesamtproduktion. Die auf dem genossenschaftlichen Prinzip aufgebauten Molkereien in Friesland repräsentierten im Jahre 1903 einen Wert von 22359460 Mk. gegen 3166000 Mk. im Jahre 1894. Von den 43427 in den britischen Genossenschaften beschäftigten Arbeitern waren 9662 oder 22,2 Proz. in der Schuhmacherei beschäftigt, 7520 oder 17,3 Proz. in der Schneiderei und Gendarmerei, 7280 oder 16,8 Proz. in den Brotbäckereien, die übrigen 43,7 Proz. verteilen sich auf 15 andere Industriezweige. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter bestand aus 58,2 Proz. Männern, 26,8 Proz. Frauen, und 15 Proz. waren jugendliche Personen unter 18 Jahren. 169 Genossenschaften verteilten im Jahre 1903 669461 Mk. an ihre 13548 Arbeiter als Gewinnanteil. Die Summe der ausgezahlten Löhne betrug 1047360 Mk. Der Betrag des Profitanteils betrug 49 Mk. pro Kopf im Jahre 1903, im Jahre 1902 betrug derselbe 48 Mk. und 54 Mk. im Jahre 1901.

Welch eine gewaltige Stärkung ist den Gewerkschaften durch ein solches Genossenschaftswesen gegeben! Der Referent demonstriert dies an einem Beispiele an der Glasgower Genossenschaftsbäckerei, welches beweist, welchen vorteilhaften Einfluß für den Arbeiter ideell und materiell durch die Organisation des Konsums und der Produktion ausgeübt wird. Redner geht sodann auf die früher bestandenen Produktivgenossenschaften ein, deren Zusammenbruch wegen mangelnder Einrichtung und geschäftlicher Ueberflucht, zum Teile auch wegen Disziplinlosigkeit erfolgt mußte. Heute werden noch 8500 Personen in Produktivgenossenschaften beschäftigt. Da aber in Deutschland die Entwicklung keinen andern Weg nehmen wird wie in Großbritannien, so werden wir auch in Deutschland zu Produktivgenossenschaften wieder schreiten müssen, allerdings unter strenger Beachtung der Grundzüge, die Redner in seiner zu diesem Punkte gestellten Resolution ausdrücklich des näheren motiviert. In Deutschland werden heute 2000, in Großbritannien 43000 Arbeiter in Genossenschaftswesen beschäftigt. Gegenüber dem letztgenannten Lande sind wir in Deutschland noch weit zurück; wenn wir bedenken, daß durch Kartelle und Syndikate, durch Zolltarife dem Volke die Lebensmittel verteuert werden, müssen wir alle jene Maßnahmen benutzen, mit denen wir uns gegen solche Dinge wehren können. Des weitern gedenkt der Redner der Gegnerschaft aus bürgerlichen Kreisen, wie sie seitens der Kaufleute, staatlicher und städtischer Behörden teilweise durch eine ungerechte Umsatzsteuer, durch Verbot der Mitgliedschaft usw. zutage tritt. Die Gewerkschaften können nicht mit verächtlichen Armen der Entwicklung des Genossenschaftswesens zusehen, sondern müssen tätigen Anteil an ihr nehmen. Die Konsumvereine müssen mit genossenschaftlichem Geiste erfüllt werden, zu Genossenschaften ausgebaut werden; der Ueberfluß darf nicht bis auf den letzten Heller verteilt werden, sondern zu Rücklagen für lokale und genossenschaftliche Zwecke verwandt werden. Redner sagt, die Arbeiterchaft habe bis jetzt sich zweier vollwertiger Waffen bedient — der gewerkschaftlichen und der politischen —, füge Sie eine dritte, vollwertige hinzu, indem Sie das Genossenschaftswesen zu einer schneidenden Waffe machen. Es handelt sich nicht um ein festes Bündnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften — das nach Dr. Crüger als ein sozialdemokratisches denunziert worden sei —, sie werden getrennt marschieren müssen, aber im Geiste müssen sie zusammenarbeiten, sie werden dadurch ein Markstein sein in der Aufwärtsbewegung der deutschen Arbeiterchaft!

In der erwähnten Diskussion nimmt zunächst das Wort Kilmann-Hamburg (Bäcker), der gegen verschiedene Ausführungen v. Elm spricht und eine Änderung der Resolution v. Elm verlangt, dafür einen andern Passus in Vorschlag bringend. Der Redner weist noch darauf hin, daß trotz dringenden Abtrats an verschiedenen Orten Produktivgenossenschaften gegründet worden seien, die dann schließlich im Interesse der Gewerkschaftsbewegung von der Organisation der Bäcker übernommen werden mußten. Deshalb müsse hier den betreffenden Organisationen ein Einfluß möglich gemacht werden. Im übrigen behandelt Redner die Schwierigkeiten, die der Bäckerorganisation von den Konsumvereinen bereitet werden und empfiehlt gangbare Wege für die Zukunft.

Schulzki-Berlin (Handels- und Transportarbeiter) beklagt, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bei vielen Leitern der Konsumvereine nicht vorhanden ist. Viele dieser Leute haben Älären, mit denen sie sich stark genug fühlen, die Verhältnisse mit ihren Angestellten aus eignen zu regeln. Bei Besetzung der Arbeitsstellen müßte nur der Arbeitsnachweis der betreffenden Branche benutzt werden. Redner polemisiert dann gegen Punkt 2 der Elmischen Resolution sowie gegen verschiedene Stellen derselben, die Redner als unannehmbar für Gewerkschaften bezeichnet. In großzügiger Weise plädiert Redner für eine höhere Erfassung des Genossenschaftsgedankens innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Als Gast erhält das Wort Herr Kaufmann von der Großverkaufsgesellschaft in Hamburg. Derselbe erinnert an den Ausspruch Schulzki-Deitsch: „Die Genossenschaft ist der Friede“, und verweist auf die Tatsache, daß die größte Zahl der Genossenschaftler Industriearbeiter sind, von denen wiederum die Mehrzahl gewerkschaftlich organisiert sein dürfte. Aber nur der dritte oder vierte Teil

der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist Mitglied einer Genossenschaft. Es wäre daher zu wünschen, daß die Gewerkschaften sich mehr an dieser Bewegung beteiligten. Redner empfiehlt den Abschluß von Tarifen mit den Arbeitgeberinnen und verspricht, daß der Zentralverband auf die Genossenschaften einen Druck in dieser Beziehung ausüben wolle. Im übrigen seien Genossenschaften und Gewerkschaften schon durch die gegenseitige Mitgliedschaft aufeinander angewiesen und werde sich auch ein Weg der Verständigung bei eventuellen Differenzen finden. Sollen Tarife aber zustande kommen, dann müssen es einheitliche sein, damit nicht Streitigkeiten zwischen den Arbeitern untereinander entstehen können, wie dies z. B. der Fall sein müßte, wenn der eine Teil 5, der andre 10, der dritte 20 Tage Ferien erhalten würde. Das Bestreben des Zentralverbandes sei, mit den gewerkschaftlichen Zentralverbänden Tarifverträge abzuschließen. Der Zentralverband stehe auf dem Standpunkte, daß den Genossenschaften gar kein besserer Rat gegeben werden könne, als die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu benutzen; doch wie überall könnten auch hier einmal Ausnahmefälle vorkommen, die berücksichtigt werden müßten. Wenn aber die Gewerkschaften Ansprüche an die Genossenschaften stellen, haben sie auch Pflichten zu übernehmen. Wenn die Gewerkschaften hohe Löhne von den Genossenschaften verlangen, muß diesen auch die Schmutzkonzurrenz vom Halse gehalten werden, denn die Genossenschaften müssen konkurrenzfähig sein, oder sie werden nicht sein. Redner erwähnt noch, daß bei der Kürze der Zeit die schwierige und auch theoretisch noch nicht genügend abgeklärte Frage der Produktivgenossenschaften zu behandeln unmöglich sei, deshalb möge man auch den darauf bezüglichen Passus in der Resolution v. Elm freizehen und auf einem spätern Gewerkschaftskongresse behandeln. Zum Schluß erklärt Redner, in erfreulicher Weise sei hier zum Ausdruck gekommen, daß Gewerkschaften und Genossenschaften Hand in Hand gehen sollen.

Simon-Nürnberg (Schuhmacher) meint, es könnte den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein, wo die Konsumvereine ihre Waren her beziehen; z. B. beziehen viele Konsumvereine Filzwaren aus Zuchtshäusern. Eine Firma, die in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ inseriert, daß sie 500 bis 600 Arbeiter beschäftigt, hat jedoch tatsächlich nicht einen einzigen Arbeiter, sondern läßt ihre Arbeiten in der Strafanstalt in Gommern herstellen. Wir verlangten deshalb, daß aus der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ das Inserat verschwinde; das lehnte die Redaktion ab, darauf liehen wir einen Veranlassungsbericht im redaktionellen Teile zum Abdruck bringen, und darin befindet sich eine Stelle, welche die Konsumvereine vor obiger Firma warnt. Diese Stelle wurde von der Redaktion im Berichte gestrichen. Wir wollen die Genossenschaften unterrichten, aber wir müssen verlangen, daß nur bei Firmen gekauft wird, welche u. a. ihren Arbeitern das Koalitionsrecht nicht verbieten, wie das bei einer Firma in Eschendorfer der Fall ist, die ihren Arbeitern bei Strafe der sofortigen Entlassung verbietet, Mitglied des Deutschen Schuhmacherverbandes zu werden. Von dieser Firma (Haug & Leonhardt) beziehen viele Konsumvereine ihre Schuhwaren. Redner empfiehlt die unveränderte Annahme der Resolution des Referenten v. Elm.

Töpfer-Hamburg (Bauhilfsarbeiter) beklagt sich ebenfalls über geringe Rücksichten der Konsumvereine gegenüber den Gewerkschaften. Der Leipzig-Plagwitzer-Konsumverein sülßt zurzeit einen Bau aus und da sind unsere Kollegen mit dem Konsumvereine in Konflikt geraten. Da wird irtümlich in der Arbeiterpresse durch irrtige Information von gewisser Seite verbreitet, daß die Bauarbeiter dort eine Forderung gestellt hätten, die sie bei anderen Firmen nicht stellten. Das ist falsch und ebenso falsch ist, daß diese Forderung an den Konsumverein gestellt worden ist, da bei einem zweiten Bau desselben Unternehmens eine gleiche Forderung nicht erhoben worden sei. Der Verfasser jener Notiz sei der Geschäftsführer Johannes des Plagwitzer Konsumvereins. Wenn das nun von einem der größten Konsumvereine geschieht, so lasse das tief blicken.

Stühme-Berlin (Schneider) meint, daß die Leiter der Konsumvereine noch zu viel ihre Waren von solchen Firmen beziehen, wo die Billigkeit der maßgebendste Faktor sei, daraus erklärte sich vielfach die Unmöglichkeit gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gegenüber den Konsumvereinen. Es herrsche eben leider noch zu sehr der Krämerhandstand in den Konsumvereinen vor, der rein kaufmännische. Wenn man auch zugeben müsse, daß bei einer gewissen Zurückgebliebenheit der Konsumvereine nicht allzugroße Anforderungen gestellt werden dürfen, aber es müsse ein größerer Gedanke im Sinne der Gewerkschaften und wirklicher genossenschaftlicher Geist in die Genossenschaften gebracht werden.

Gierbig-Berlin (Glasarbeiter) schließt sich den erhobenen Klagen gegenüber den Konsumvereinen an und nennt eine Firma, die sich durch ganz hervorragende brutale Behandlung der Arbeiter, durch Hundelöhne auszeichnet, aber die Konsumvereine beziehen ihre Waren von dieser Firma. Da könne man den Arbeitern nicht empfehlen, Mitglieder der Genossenschaften zu werden. Bereits in Stuttgart (1902) habe Redner v. Elm davon Mitteilung gemacht, es sei aber noch nichts geschehen.

Bösch-Leipzig (Lagerhalter) beklagt, daß in Konsumvereinen noch Löhne von 12 und 13 Mk. bezahlt würden und daß der Arbeiter hier vielfach zu sehr den Arbeitgeber herausstecke. Böck-Hamburg (Konditor) erklärt, seine Organisation hätte in freundschaftlicher Weise ver-

sucht, die Konsumvereine zu veranlassen, ihre Waren von solchen Firmen zu beziehen, die wenigstens einigermaßen ihre Arbeiter bezahlten und das Koalitionsrecht gewähren. Wir haben noch nicht bei einem einzigen Konsumvereine Glück gehabt. Man hat uns geantwortet, daß man keinen Grund habe, den Lieferanten zu wechseln. Als man nachgewiesen habe, daß gewisse Waren nur aus Abfällen hergestellt waren, erklärte man uns: die Mitglieder verlangen das! Ein Fabrikant begehnete dem Redner die Konsumvereine als die größten Preisbrüder, somit könne er auch nicht die Löhne erhöhen. Redner behauptet, daß mancher Konsumvereineleiter gar nicht so viel Kenntnisse besäße, um eine minderwertige Ware zu erkennen, weil durch geschäftliche Künste die Minderwertigkeit stark verdeckt sei.

Sojehon-Hamburg (Handlungsgehilfe) erklärt, man verwechsle in der Diskussion die gewerkschaftliche Seite dieser Angelegenheit mit der kommerziellen. Redner sagt, es gebe Konsumvereine, die noch nicht einmal den Gewerkschaftsstandpunkt anerkennen. Ein großer Konsumverein habe dem Redner geschrieben, er bitte sich die Erregung von Unzufriedenheit unter seinen Arbeitern. Redner gibt noch mehr dergleichen Fälle bekannt, welche die fasslose Rücksichtslosigkeit verschiedener Konsumvereinsleiter beweisen und an Ausbeutungspraktiken in der Privatindustrie erinnern. (Der Kongreß begleitet diese Ausführungen mit ironischer Heiterkeit und Entrüstung.) Besonders wichtig sei für den Kongreß die Anerkennung des Arbeitsnachweises seitens der Konsumvereine. Redner moniert, daß man nicht nur alte verdiente Genossen in die Konsumvereine mit Umgehung des Arbeitsnachweises hineinbringe, sondern auch unorganisierte Arbeiter.

Lorenz-Hamburg (als Gast) meint, daß viele Vorwürfe von einzelnen Rednern nur deshalb erhoben worden seien, weil sie vom Wesen der Sache nicht genügende Kenntnisse besäßen. Die höchsten Dividenden und niedrigsten Löhne würden dort bezahlt, wo die Arbeitsverhältnisse am schlechtesten sind. Infolgedessen wollen sie durch den Konsumverein ihre materielle Lage verbessern. Selbstredend müßte man gegen diese hohen Dividenden aus doppelten Gründen vorgehen. Redner sagt, daß man schon seit Beginn des Genossenschaftswesens immer bestrebt gewesen sei, die Lage der Angestellten zu bessern. Auch in der Zukunft werde danach gehandelt, aber man dürfe sich nicht allzu große Illusionen hingeben, weil hier auch große Schwierigkeiten zu überwinden seien. Redner meint, es sei leichter gesagt als getan, bei Vergebung von Aufträgen den Fabrikanten zur Anerkennung gewisser Forderungen der Arbeiter zu bewegen. Bei einer großen Fabrik sei der Konsumverein ein untergeordnetes Komitee, dem einfach gesagt werde, er möge dann kaufen, wo er wolle. Es seien eben Vorwürfe leichter erhoben als zu begründen. Wir müssen eben in die Masse der Konsumenten die Aufklärung hineintragen, daß sie nicht das Billigste verlange. Schließlich werde auf beiden Seiten etwas daneben gehauen, weshalb es dringend wünschenswert sei, daß, wie es in der Resolution des Referenten heißt, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften hergestellt werde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In der Nachmittags-sitzung nimmt bei Beginn derselben das Schlusswort der Referent v. Elm. Er bittet zunächst, sämtliche zu seiner Resolution gestellten Anträge abzulehnen. Redner widerlegt die an seiner Resolution gemachten Ausstellungen, z. B. in der Frage des Arbeitsnachweises, da es gerade im Genossenschaftswesen oft vorkommt, daß die Arbeitsnachweise nicht benutzt werden können. Denn wenn man Gemahregelte im Genossenschaftswesen unterbringen will, würde das Verlangen, nur den Arbeitsnachweis zu benutzen, unmöglich sein. Die am Punkte 2 seiner Resolution geübte Kritik weist der Referent ebenfalls zurück, da nach den gestellten Änderungsanträgen Forderungen an die Genossenschaften gestellt werden, die weit über das hinausgehen, was von anderen Betrieben verlangt wird. Wenn Mehrforderungen gestellt werden als anderswo, kann nur auf freundschaftlichem Wege eine Verständigung herbeigeführt werden. Der Passus wegen der Produktivgenossenschaften ist in dem einigenden Sinne in die Resolution gekommen, um leichtfertige Gründungen hintanzufassen. Eine Reihe von Forderungen in den Änderungsanträgen sind derart, daß man besser daran tun würde, die Konsumvereine aufzulösen. Redner polemisiert gegen Böck, der ihm gelegentlich einmal so nebenbei etwas gesagt, aber vertrieben habe, den ordnungsgemäßen Weg zu gehen. Die Bauarbeiter gehen noch einen Schritt weiter und verlangen, daß die Konsumvereine den Bauern Vorschriften machen sollen, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Das würde ja ganz gut, wenn die Arbeiter auch hinreichend organisiert wären. Bei einem Bau verwendet ein Unternehmer Maschinen. Da verlangt man, daß diese Maschinen besetzt werden müßten, andernfalls würde der Bau gesperrt. Eine Gewerkschaft hätte eine unbürnliche Forderung an den Konsumverein gestellt. (Geistige Unterbrechung und Lärm, so daß einige Minuten der Referent nicht fortfahren kann.) Der Referent erklärt, daß man nicht Vorwürfe erheben dürfe, wenn man dann darauf nicht eingehen solle. Die angeführten Ausnahmefälle bilden nicht die Regel, die Regel ist, daß bei den Genossenschaften die Lohn- und Arbeitsbedingungen bessere sind als anderswo. (Widerpruch und Zustimmung.)

Nedner schildert dann die von ihm beantragten Schiedsgerichte und wie er sich das Verfahren vor denselben denkt. Es ist gesagt worden, wenn die geschiederten Mischstände nicht beseitigt würden, wäre es schwer, Mitglieder für die Genossenschaften zu werben. Man müsse eben nicht nur kritisieren, sondern auch arbeiten. Nicht nur Mitglied sein, sondern mitarbeiten; darauf kommt es an. Neunzehntel des Volkes sieht noch außerhalb des Genossenschaftswesens; man kann also nicht sagen, daß das Genossenschaftswesen in dem gedachten Sinne bereits eine Macht sei. Wir müssen nach englischen Mustern vorgehen und werden dann dazu kommen, rückständige Produktionsmethoden (Heimarbeit, Zuchtshausarbeit) zu beseitigen, wie dies in England gelungen sei. Viele Arbeiter haben wenig Vertrauen zu ihrer eignen Kraft, und wenn wir diese stärken, wenn Gewerkschaften und Genossenschaften gute Freunde sind, wenn sie ihre Organisationen ausbauen, dann werden wir durch diese Kraftentfaltung vorwärts kommen. Es ist mit der Gewerkschaftsbewegung, es ist mit der Genossenschaftsbewegung vorwärts gegangen, und wenn wir entsprechend weiter arbeiten, werden wir dem deutschen Arbeiterstande zu besseren Verhältnissen verhelfen.

Majjini verlangt, v. Elm solle seinen Ausspruch, Gewerkschaften hätten unvernünftige Forderungen gestellt, widerrufen oder widerlegen. v. Elm erklärt, daß er als alter Gewerkschaftler, der über 30 Jahre in der gewerkschaftlichen Organisation steht, doch niemals sagen wird, die Gewerkschaften stellen im allgemeinen unvernünftige Forderungen, wenn das aber in einem besonderen Falle geschieht, wie ich nachgewiesen, dann nehme ich mir die Freiheit, dies als eine unvernünftige Forderung zu bezeichnen. (Es folgt eine große Anzahl persönlicher Bemerkungen, teils sehr heftigen Charakters.)

Zur Resolution v. Elm werden einige Abänderungsanträge beschlossen und hierauf die ganze Resolution einer Redaktionskommission überwiesen, welche nach geschlossener Beratung diese Resolution dem Kongresse wieder vorzulegen hat. Dieselbe kann erst in dem nächsten Berichte gebracht werden.

Hierauf kommt der Tagesordnungspunkt: „Die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation.“ Als Referent hierzu nimmt G. Link-Berlin (Maler) das Wort, der es als die hauptsächlichste Aufgabe der Kartelle bezeichnet, für den Zusammenschluß der Arbeiter am Orte zu wirken. In der Lokalfrage müßte in einer vernünftigen Weise seitens der Kartelle eingegriffen werden, daß die Gewerkschaften diejenigen Lokale, welche sie besitzen, genügend frequentieren sollten, dann würde man in der Lokalfrage besser vorwärts kommen. Auch in bezug auf die Arbeiterschutzgesetze müßten die Kartelle aufklärend wirken, was leider vielfach nicht geschieht, so daß manche Mischstände in den Betrieben nicht beseitigt und auch die Befehle nicht darauf hingewiesen werden können. Auf diesem Gebiete ist geradezu in leichtsinniger Weise die Arbeit vernachlässigt worden. Die Frage der Agitation wird ebenfalls seitens der Kartelle nicht in genügender Weise behandelt. Den Punkt Arbeiterversicherung hatte ich für den wichtigsten, leider haben aber hier die Kartelle ebenfalls versagt. Hier müßten die Gewerkschaften intensiver auf ihre Mitglieder einwirken. Der Redner verbreitet sich des näheren über die Wahlen zur Arbeiterversicherung und meint, darüber hätten die Kartelle kaum eine Ahnung über die Vornahme der Wahl gehabt. In Anbetracht der wieder bevorstehenden Wahlen dürfte nicht wieder vorkommen, daß die Kandidaten der Unternehmer und der Regierung gewählt würden. Es muß daher mehr als bisher seitens der Kartelle eingegriffen werden. Nedner steht nun nicht auf dem Standpunkte, daß die Kartelle überflüssig seien, aber sie müßten besser als bisher arbeiten. Es müßte ihnen daher eine Richtschnur gegeben werden, welche Aufgaben sie zu erfüllen haben, in die internen Angelegenheiten der einzelnen Organisationen haben sie sich aber nicht einzumischen. Nedner geht zur Sekretariatsfrage über und hält hier weisses Maßhalten für notwendig, damit keine Rückschlüsse eintreten, welche dann das Vertrauen in die Kartelle erschüttern. Man müsse seitens der Kartelle Kunststücke einrichten, wodurch man mit geringen Mitteln ein ganz respektables Resultat erzielen könne. Dadurch würde auch das Vertrauen in die Kartelle gestärkt werden. Auf keinen Fall dürfe den Kartellen das Recht zugestanden werden, Sammlungen auszusprechen, Listen herauszugeben, ohne sich mit den Zentralvorständen oder der Generalkommission in Verbindung zu setzen. Nur bei größeren Ausperrungen und Streiks, z. B. wie beim Bergarbeiterstreik, müßten die Kartelle mit Sammlungen vorgehen. Wenn die Kartelle die ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen, dann werden sie zum Nutzen der Arbeiterschaft wirken.

Bösch-Berlin (Gastwirtsgehilfe) begründet in der Diskussion folgenden Antrag des Vorstandes des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen: „In Erwägung, daß eine der Hauptaufgaben der örtlichen Gewerkschaftskartelle in der Förderung der gewerkschaftlichen Agitation, namentlich in denjenigen Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder noch nicht genügend organisiert sind, zu erblicken ist, erklärt der Kongress es als eine selbstverständliche Pflicht der Kartelle, sich auf Ersuchen der Zentralvorstände oder deren Beauftragten (Gauler etc.) diesen bei der Einleitung der Agitation, Vorbereitung von Versammlungen usw. zur Verfügung zu stellen. Erklärt sich der betreffende Zentralverband bereit, die bei Einberufung der Versammlung entstehenden Kosten zu übernehmen, so kann sich das Gewerkschaftskartell unter keinen

Umständen dieser Verpflichtung entziehen.“ Nedner beklagt, daß die Unterstützung der Zentralorganisationen durch die Kartelle eine höchst ungenügende sei und erläutert dies an einzelnen Beispielen. Brückner-Berlin (Graveur) ist der Meinung, daß die Kartelle nicht in genügender Weise ihre Aufgaben erfüllen und gibt bekannt, daß sich die Kartelle im Punkte der Neutralität gegenüber den Gewerkschaften oft die größten Verdienste zu schulden kommen lassen. Dann müsse der Kongress aussprechen, daß Kartelle nur im Auftrage der Generalkommission Gelder sammeln dürfen. Ein Gewerkschaftskartell dürfe keine Nebenregierung sein.

Lim-München (Schneider) erklärt, es decke sich seine Auffassung und die seiner Münchener Genossen über die Gewerkschaftskartelle mit dem, was der Referent zum Ausdruck gebracht habe. Die Zerpfitterung, wie sie noch im Krankentassenwesen besteht, müsse beseitigt und das Krankentassenwesen vereinheitlicht werden. Um dies herbeizuführen, muß eine Zentralinstanz davor stehen und die Sache treiben. Hier brauche man die Gewerkschaftskartelle und hier müsse vorgearbeitet werden in dem, was notwendig sei. Nicht vom Standpunkte der Macht, sondern von dem der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit müsse die Kartellfrage untersucht werden.

Kirchrid-Berlin (Maschinist) und Heizer) fragt über Uebegreife der Kartelle, Kemmer-München (Zimmerer) wehrt ebenfalls solche ab und ersucht um Ablehnung des Antrages 56 (Dortmund), welcher lautet: „Der Kongress wolle beschließen: Alle Zahlstellen oder Filialen solcher Zentralorganisationen, welche der Generalkommission angehören, sind verpflichtet — und haben die Zentralvorstände darauf hinzuwirken, daß dieses geschieht —, sich den örtlichen Gewerkschaftskartellen, wo solche bestehen, anzuschließen.“ Nedner meint, für das Wort „verpflichtet“, müßte unter allen Umständen eine andre Form gefunden werden. Eine lange Reihe von Beschwerden über die Kartelle, welche der Redner vorbringt, finden lebhaftest Zustimmung aus der Versammlung.

Knoll-Berlin (Steinseher) erklärt, der Antrag 56 (Dortmund) sei nicht annehmbar, da auch in seinem Verbände eine Anzahl Zahlstellen vorhanden sei, die sich dem Kartelle nicht anschließen könne, ohne dort die Organisation zu zertrümmern. Nedner begründet eine Abänderungsresolution zur Resolution 56. Saube-Magdeburg (Kupfer Schmied) nimmt die Kartelle gegen die ihnen gemachten Vorwürfe in Schutz.

In seinem Schlussworte tritt der Referent Link den Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner in eingehender Weise entgegen.

Sodann wird ein Antrag Knoll angenommen, daß sich die einzelnen Zweigvereine den Kartellen anzuschließen haben, wenn sich dieselben in den Grenzen der ihnen zugewiesenen Aufgaben halten. Der Antrag Dortmund ist dadurch gegenstandslos geworden. Die von Bösch begründete Resolution der Gastwirtsgehilfen wird angenommen.

Der Kongress beschließt, die Sitzung zu verlängern und noch das Referat des Redakteurs Umbreit über „Die geistliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskammern oder Arbeiterkammern“ anzuhören. Dasselbe kann dem heutigen Bericht nicht mehr beigefügt werden, weil sonst der ganze Bericht dieser Sitzung erst in der nächsten Nummer gebracht werden müßte.

Als Vertreter der Gewerbeinspektion sind erschienen Gewerbeinspektor Boß und Gewerbeinspektor Dr. Brandes.

Verband und Sparten.

Die Stellungnahme des Verbandes zu den Spezialorganisationen oder Sparten, wie man so schön sagt, ist nunmehr zur aktuellen Frage geworden, und wird sich die Dresdener Generalversammlung hoffentlich recht eingehend damit befassen. Eine Klärung dieser so zeitgemäßen Angelegenheit ist zweifellos sehr angebracht und nur im Verbandesinteresse gelegen. Es muß durch unser berufenes Organ festgestellt werden, ob gegen den engern Zusammenschluß der einzelnen Berufsgruppen unsers weitverzweigten Gewerbes untereinander, aber im engen Rahmen des Verbandes, wirklich stichhaltiges vorgebracht werden kann, oder ob es nur vorurteilsvolle, als zu ängstliche Gemüter sind, die gegen die Entfaltung dieser modernen gewerkschaftlichen Erscheinung den Bremshebel in Bewegung setzen möchten.

Einem organisatorischen Bedürfnisse muß und wird sicher entsprochen oder doch mindestens entgegengekommen werden. Verfühen nun die Spezialorganisationen auf einem Bedürfnisse? Da ich selbst Verfechter der Spartenbildung bin, will ich versuchen, die Gegenstände zu beleuchten.

Man befürchtet hauptsächlich eine Zerpfitterung der Kräfte und ist im übrigen der Meinung, in den Verbandsversammlungen, als dem einzig richtigen Orte, könnten alle Interessen zur Geltung kommen. Ein Teil der Kollegen — erfreulicherweise ein immer geringer werdender Teil — geht aus diesen oder ähnlichen Gründen sogar so weit, ein direkt verbandschädigendes Schreiben in der Bildung der Spezialorganisationen zu erblicken. Diese Bedenken kann ich in keiner Weise stichhaltig finden, sofern die Sparten sich im richtigen Fahrwasser halten.

Unser Verband hat an Anfang eine Ausdehnung genommen wie nie zuvor; nur ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz der deutschen Buchdrucker steht ihm noch fern,

und diese Fernstehenden kommen zum großen Teile für eine Agitation kaum noch in Betracht. Im Mitgliedererwerb hat der Verband gewiß sein Möglichstes getan; sein Ansehen allein muß werden. Dagegen hört man in Versammlungen wie in Kollegentreffen, liest man häufig in unsern Organen Klage über den Niedergang der gewerkschaftlichen Qualität unserer Mitglieder. Es erwidert somit dem Verbands die Aufgabe, hierauf sein Augenmerk zu lenken, für Aufklärung zu sorgen und strenge Disziplin aufrechtzuerhalten. Das erfordert eine umfangreiche, planmäßige Detailarbeit, und diese zu verrichten dürften gerade die Spezialorganisationen das geeignetste Werkzeug sein.

Es liegt auf der Hand, daß irgendwelche gewerkschaftliche Wirksamkeit nicht besser ausgeübt werden kann, als wenn der Seher zum Seher, der Druder zum Druder, der Seher zum Seher usw. spricht. Verbandskollegen sind und bleiben wir deshalb samt und sonders!

Als 1896 die bekannte Maschinenmeisterlaufel so viel Staub aufwirbelte, als die Kollegen von der Maschine sich wie ein Mann erhoben, Maschinenmeistervereine wie Pilze aus der Erde wuchsen zur Abwehr von Ausnahmestimmungen, zur Wahrung der berechtigtesten Interessen, mußte man da nicht richthaltlos die Berechtigung dieser Vereine anerkennen? War da das Bedürfnis eines Zusammenschlusses der engeren Berufsgruppen nicht zur Evidenz erwiesen? Wird nach der Einführung der Sebnajdsche der Verband in der Wahrung der Interessen der allgemeinen Kollegenschaft durch die Maschinensehervereinigungen nicht wesentlich unterstützt? Ist ein Zusammenschluß der Stereotypen, Galvanoplastiker nicht ebenso bedingt wie die Vereinigung der Schriftgießer? Und neuerdings, welcher objektiv denkende Kollege kann etwas dagegen einwenden, daß auch die Parias unter den Buchdruckern, die Korrektoren, ihr Köpfechen an der Sonne der Tarifgemeinschaft beanspruchen?

Würde es nun zur Belebung der Versammlungen, über deren Besuch mancherorts so lebhaft geklagt wird, beitragen, wenn irgend eine Spezialgruppe diesmal, die andre das nächste Mal ihre Klagen vorbringen und ihre Wünsche in den verschiedensten Variationen ertönen würde? Wohl kaum! Haben die betreffenden Kollegen aber Gelegenheit, vorher unter sich klar zu werden, so wird die Versammlung schnell über den Getraht der Betrachtungen unterrichtet sein und sachgemäß Stellung nehmen können.

Durch die regelmäßigen Zusammenkünfte der Spezialvereine wird es stets ein leichtes sein, spezielle Interessen mit allgemeinen zu verbinden. Nicht eine Zerpfitterung, wohl aber eine Sammlung und Entwicklung geeigneter Kräfte für das Verbandsleben wird das Ergebnis sein. Hierin liegt der qualitativ agitativerische Wert der Sparten.

Ein weiteres Moment kommt in Betracht: das der technischen Ausbildung bzw. Hervollkommung. Der Standpunkt, daß dies Sache der Prinzipale sei, ist längst veraltet. Unsere Zeit erfordert nicht nur ganze Männer, sondern auch leistungsfähige Kräfte. Schwache Kräfte werden die Kassen mehr und mehr belasten. Es wurde früher schon ein Stolz darin gefunden, daß ein Verbandsmitglied auch technisch auf der Höhe stand. Auch das hebt das Ansehen der Organisation! Warum sollte man darum heute den erhöhten Anforderungen nicht um so mehr Rechnung tragen? Der Verband redet in der Leskräftfrage bereits ein gewichtiges Wortlein mit. Warum sollte man sich scheuen, einen Schritt weiter zu gehen und an der technischen Fortbildung von Verbands wegen wenigstens indirekt mitzuwirken? Die Tarifgemeinschaft setzt Leistung gegen Leistung voraus; je wertvoller die Arbeitskraft ist, um so nachdrücklicher wird sich eine höhere Gegenleistung fordern lassen.

Gerade in dieser Frage können die Spezialvereinigungen unschätzbare Dienste leisten, haben sie geistlich und leisten sie gegenwärtig. Was bieten die typographischen Vereinigungen?! Sind es nicht zum großen Teile unsere Eingekerkelten, die hier ihre technische Ausbildung und Hervollkommung suchen und finden? Wie segensreich haben nicht schon die Maschinenmeistervereine mit ihren Ausschneide- und Farbenschnittstufen und ebenso wie die Maschinenjägerklubs mit technischen Erörterungen usw. gewirkt! Soll sich der Verband scheuen, solche Wirksamkeit zu unterstützen? Taktische oder gewerkschaftliche Bedenken dürften wohl kaum entgegenstehen.

Eine Mißbilligung finden besonders die ab und zu tagenden Spezialkongresse. Es ist auch zuzugeben, wenn man die Programme und Berichte liest, die erklärlicherweise hier und da auch Veranstaltungen schildern, die zu Ehren der Teilnehmer arrangiert wurden, daß dies auf den ersten Blick etwas nach Vergnügungssucht und Vereinsmeierei schmeckt. Aber nur der sehr Befangene wird dies Urteil aufrechterhalten, wenn er einmal Gelegenheit hat, an derartigen Kongressen, d. h. auch an deren ersten Teile teilzunehmen. Der grimmige Spartenauflauf würde hier zum Paulus werden. Der Fernstehende kann die Tiefe der zu verhandelnden internen Spezialfragen freilich oft schwer ermessen, deshalb soll er aber die Zweckmäßigkeit der Erörterung derselben nicht leugnen oder besprechen. Und schließlich — ist es den Delegierten nicht zu gönnen, wenn sie nach stundenlangen Auseinandersetzungen und arbeitsreichen Tagen für die Opfer, die sie im Dienste ihrer Kollegen bringen, auch einmal ein Stündchen der Erholung genießen, das obenbreit die kollegialen Bande befestigt? Ist es bei unsern Verbandsparlamenten wie im allgemeinen Gewerkschaftsleben nicht ebenso?

Daß diese Kongresse nicht zur Epidemie werden und nur bei dringenden Bedürfnissen stattfinden, dafür bieten schon die beschränkten Kaffeemittel Gewähr, die zu vermehren bei unserm Verbandsbeitrage den Spezialvereinen immer schwerer fallen wird. Die Notwendigkeit derartiger Zusammenkünfte sachlich zu beurteilen, muß wohl am besten den betreffenden Kollegen selbst überlassen bleiben, und über den allgemeinen Wert einer solchen Aussprache braucht man mit Gewerkschaftsmitgliedern wohl nicht zu diskutieren.

Wie schon angedeutet, müssen sich die Spezialvereine selbstredend innerhalb bestimmter Grenzen bewegen. Sie sollen einen Ausbau, nicht aber einen Auswuchs unseres Verbandes bedeuten, sie sollen Spezial-, keinesfalls aber Sonderorganisationen sein. In dieser Beziehung gibt der Artikel des Kollegen Germer-Würzburg in Nr. 23 des „Corr.“ beachtenswerte Hinweise.

Die Vertreter der Sparten sollten den Verbandsvorständen angegliedert werden, vielleicht in der Art, daß sie in den Vorstand gewählt oder erforderlichenfalls zu dessen Sitzungen zugezogen werden, mindestens aber in den Vertrauensmännerversammlungen Sitz und Stimme haben, wie dies z. B. in Leipzig bereits der Fall ist. Das würde das Gefühl der Verantwortlichkeit wesentlich erhöhen und Miß- oder Uebergriffe in Organisationsfragen verhindern. Besondere Unterklassen müssen definitiv ausgeschlossen bleiben und Festlichkeiten auf das allerbescheidenste Maß beschränkt werden. Daß die Mitglieder der Spartenvereine in erster Linie Verbandsmitglieder sein müssen, ist selbstverständlich, und sie werden nicht die schlechtesten sein.

Damit dürften wohl die wesentlichsten Bedenken gegen die Spartenbildung widerlegt sein. Entscheidend nun die Generalversammlung in dem Sinne, daß die Spezialorganisationen unter obigen Voraussetzungen zu billigen und zu unterstützen sind, so erübrigt sich alles weitere. Wer das Verbandsleben beobachtet und objektiv beurteilt, weiß auch, daß derartige Vereinigungen sich auf die Dauer durchaus nicht halten könnten, wenn ihr Bedürfnis zu verneinen, wenn ihr Tun und Treiben etwa gar ein verbandsschädigendes sein sollte. Hoffen wir aber das Gegenteil: daß sich immer mehr erweisen möge, daß ihre Existenz im Verbandsinteresse liegt, und daß deshalb ihre Notwendigkeit immer mehr anerkannt wird!

Leipzig. B. M.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Nr. 59 des „Corr.“ brachte eine Korrespondenz von hier, welche sich des Unterzeichneten annimmt und ihn als „Opfer“ von geäußerten Ansichten bezeichnen, die auf eine mehr oder minder große „Zentralvorstandsfreundschaft“ basieren sollten. („... wie konnte er sich hinsetzen und... Maßnahmen des Zentralvorstandes verteidigen...“) Da es in letzter Zeit Gepflogenheit zu werden scheint, das Persönliche funktionierender Kollegen hervorzuheben und je nach Interesse in irgend einen künstlichen Gegensatz zueinander zu bringen, um — ja, um das Sachliche in der Gemeinschaftsarbeit zu tören, so ist es notwendig der geäußerten Ansicht gegenüber zu treten. In den letzten Monaten ist wieder in den Versammlungen noch sonstwo Gelegenheit gegeben gewesen, durch Kundgebungen sich die „Freundschaft“ des Zentralvorstandes erwerben zu können; folglich kann ein Mißverständnis für solches Tun auch nicht erfolgen. Außerdem wird dem Zentralvorstande wie jeder sonstigen Verbandskörperschaft ein Verbands „Freundschaft“ verdammt wichtig sein; ein jedes Amt hat seine Pflichten und damit basta. Auch der Hinweis des Einleiters auf die Geister der dahingegangenen Oppositionsperiode scheint auf einer irrthümlichen Gangartenfunktion zu beruhen, da von den aufgestellten Kandidaten niemand auf einer sogenannten „Antiharmonieübungsliste“ zu finden ist.

Th. Bremen. In der Bezirksversammlung vom 17. Mai wurde der Vorstand beauftragt, dafür zu sorgen, daß gelegentlich der Enthüllung des Harteldenkmals vom Bezirksvereine ein Kranz am Denkmale niedergelegt wird. In letzter Zeit mehren sich wieder die Fälle, daß konditionslos werdende Kollegen sich nicht sofort an zuständiger Stelle melden, und wird deshalb in Zukunft die Unterstützung nur vom Tage der Anmeldung an gezahlt. Sechs Aufnahmegegner, worunter vier Ausgelernte, fanden in zustimmendem Sinne ihre Erledigung. Bei der Abrechnung vom ersten Quartale erfolgte Dechargeerteilung. Das Johannisfest soll in diesem Jahre in Lilienthal gefeiert werden; den Tag zu bestimmen, wurde dem Vorstande überlassen, da die Lokaltage noch gelöst werden muß. Den Bericht vom Goutage gab der Vorsitzende, kurz die näheren Gründe zu einigen Beschlüssen erweiternd. Wenn ein vom Goutage akzeptierter Bremer Antrag wohl die Bewegungsfreiheit der Goutvorstände wünschte, so habe man sich aber noch lange nicht mit den von der Berliner und Leipziger Kollegenchaft gezogenen Schlussfolgerungen identifiziert, da deren Vorgehen unbedingt zu weit gehe. Nach der Erjähmung eines Kartelldelegierten erfolgte nach dem anderthalbtägigen Dauer Schluß der Versammlung.

Breslau. (Verein der Schriftsetzer, Stereotypen und Galvanoplastiker.) Die Tagesordnung der am 7. Mai abgehaltenen Monatsversammlung lautete: 1. Ausschluß von Restanten; 2. Besprechung über das Stiftungsfest; 3. Verschiedenes. Beim ersten Punkte wurde der Seher-Stereotypen Karl Kaler einstimmig aus dem Vereine ausgeschlossen. Zum zweiten Punkte akzeptierte die Ver-

sammlung einstimmig eine Ende Juni zu unternehmende Partie nach Gellendorf-Struppen, (Richtung Breslau-Posen), hierzu ebenso eine gewisse Summe zu diesem Zwecke. Unter „Verschiedenes“ fanden diverse interne Angelegenheiten ihre Erledigung, u. a. wurde folgende Resolution eingebracht und auch angenommen: „Der Vorstand möge den Delegierten zur Dresdener Generalversammlung nahe legen, für die Aufnahme der Stereotypen und Galvanoplastiker in die Tarifgemeinschaft einzutreten zu wollen“. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

K. Essen a. d. R. (Maschinenfabrikvereinigung Rheinland-Westfalens.) Die am 7. Mai in Dortmund abgehaltene Quartalsversammlung war von 54 Kollegen besucht. Dieselbe nahm unter „Geschäftliches“ Kenntnis von den eingegangenen Jahresberichten der Vereinigungen Leipzig, Dresden und Würzburg. Desgleichen wurde von einer seitens sechs Essener Kollegen erfolgten Austrittserklärung, die in ursächlichen Zusammenhang mit unerquicklichen Vorgängen dajelbst stand, ohne Debatte Notiz genommen. An Stelle des von Essen bezogenen bisherigen Vorsitzenden wurde Kollege Heinrich Müller, Essen, als solcher gewählt. Der Jahresbericht wies einen Bestand von 70,43 Mk. auf. Ausgenommen wurden 15, ausgeschlossenen 3 Kollegen. Einen breiten Raum nahm diesmal der Punkt „Technisches“ ein, um den sich besonders Kollege Detloff-Hagen verdient machte. Auch die „Technischen Mitteilungen“ wurden einer längeren Besprechung unterzogen; während einerseits dieselben in ihrer heutigen Gestalt als verfehlt verworfen wurden, wies man andererseits auf ihre Zweckmäßigkeit gerade für die jüngeren unerfahrenen Kräfte hin, denen sie in jeder Beziehung ein wertvoller Ratgeber seien; doch wurde hierbei gewünscht, darauf hinzuwirken, daß die „Mitteilungen“ weiter ausgebaut und reichhaltiger gestaltet werden möchten. Dem Vorstande wurde anheingeegeben, in künftigen Versammlungen fachtechnische Vorträge halten zu lassen. Der vom Vorstande gestellte Antrag, den Beginn des Vereinsjahres vom 1. Juli auf den 1. Januar zu verlegen zwecks zeitlich übereinstimmender Berichts- und Rechnungslegung mit den Gau- und Bezirksvereinen und die dadurch notwendige Verlängerung des laufenden Vereinsjahres auf 18 Monate, wurde angenommen. Nach Erledigung einiger Interna wurde als Ort der nächsten Versammlung Köln gewählt.

Frankfurt a. M. Am 30. Mai begeht in der Frankfurter Sozietätsdruckerei Kollege Georg Fr. Flach die Feier seiner 50jährigen Berufstätigkeit in körperlicher Frische und reger Tätigkeit. Als Fünfzehnjähriger begann er seine Laufbahn am 30. Mai 1855 im „Frankf. Anz.“, versuchte sich als Gehilfe in der Wöhrnerischen Druckerei, bei Streng und im Intelligenzblatte. Als Frankfurter Kind hatte er auch das Bedürfnis ins „Ausland“ zu gehen, denn Bensheim a. d. Bergstraße und Karlsruhe waren seine auswärtigen Stellungen. Die Sehnsucht trieb ihn wieder in die Vaterstadt zurück, und im März 1863 setzen wir Flach in der „Frankf. Ztg.“, in deren Diensten er noch heute steht. An Ehrungen wird es seitens seiner Geschäftskollegen und der Leitung dieser Offizin nicht fehlen, blickt Flach doch auf eine ununterbrochene 42jährige Tätigkeit zurück und treue Dienste werden ja immer belohnt. Dem Verbands gehört Flach seit 1880 an. Wir wünschen dem Jubilare Gesundheit und Wohlergehen noch für viele Jahre!

Hiesburg. Aus der Nr. 58 des „Corr.“ ersehen wir, daß in Hufum für gut befunden wurde, der ganzen deutschen Buchdruckerwelt mitzuteilen, der hiesige Goutvorstand habe die Stimmzettel zur Delegiertenwahl „absichtlich“ erst am 11. Mai nach Hufum gelangen lassen, um die Wahl eines sogenannten „Provinzlers“ zu verhindern. Der Hufumer Mitgliedschaft sei hierdurch mitgeteilt, daß während der langjährigen Praxis des Goutvorstandes wochenlang vorher verhandelte Stimmzettel aus einer ganzen Anzahl kleiner („Provinz“) Druckorte nicht wieder eingingen und dadurch das Schwergewicht der Wahlen per Urabstimmung in die vier größten Druckorte des Gaues (Kiel, Hiesburg, Speise und Neumünster), welche an und für sich schon über eine ansehnliche Mehrheit verfügen, gelegt wurde. Deshalb geschieht die Versendung von Stimmzetteln seit längerer Zeit stets kurz vor den Wahlterminen, wodurch eine stärkere Beteiligung der kleineren Druckorte erzielt worden ist. Eine Verständigung über einen gemeinsamen „Provinz“-Kandidaten (deren jetzt infolge der Aufstellung zweier „Provinz“-Kollegen durch die größte Mitgliedschaft drei auf den verhandten Stimmzetteln verzeichnet stehen) hätte nur durch den Goutag erfolgen können. Da nun ein solcher nicht stattgefunden hat, auch die „Provinz“ selbst erst nach erfolgtem Druck der ersten Auflage der Stimmzettel mit einem eignen Kandidaten hervorgetreten ist (insolgebessenen fand ein Neudruck der Stimmzettel und eine spätere Versendung derselben statt), so debuziert die Mitgliedschaft Hufum: der Goutvorstand hat die Nichtvertretung der sogenannten „Provinz“ auf der Generalversammlung absichtlich verschuldet, denn für eine solche Aufgabe muß doch ein Prügelknabe gefunden werden. Unseres Erachtens hätte die „Provinz“ besser getan, auf die unter „Verbandsnachrichten“ vor Wochen veröffentlichte bezügliche Auforderung des Goutvorstandes hin zur Aufstellung von Kandidaten zu schreiten, anstatt sich im Wahlterminen über die von anderer Seite erfolgte Kandidatenaufstellung nachträglich überflüssigerweise aufzuregen. Die verehrlichen Leser des „Corr.“ werden auf Grund vorstehender Mitteilungen die Unterstellung des Hufumer Berichtes,

der Goutvorstand habe die Wahl eines „Provinz“-Kollegen absichtlich hintertreiben wollen, leicht auf ihren wahren Wert zurückführen können.

Der schleswig-holsteinische Goutvorstand:
J. Chr. Heismann. Wlff. Schwant. Emil Schmidt.
Karl Guttan. Bernh. Wigger. Gotth. Knauer.
Edlef Hummel.

Hamburg-Altona. (Mitgliederversammlung am 16. Mai.) Vor Eintritt in die Tagesordnung erörte die Versammlung die verstorbenen Kollegen F. L. Derfin, E. Silber und E. Garzendorf. In herzlicher Weise gedachte der Vorsitzende W. Dreier besonders des Kollegen Garzendorf, der stets in der vorbersten Reihe gestanden hätte in der Besetzung der kollegialen Interessen und den man als einen Kollegen im wahrsten Sinne des Wortes bezeichnen könne. Aus den Mitteilungen des Vorstandes ist hervorzuheben, daß augenblicklich 94 Kollegen (75 Seher, 19 Drucker) arbeitslos sind. Krank sind 46 Kollegen. Aufnahmen fanden seit der letzten Versammlung 53 statt. Die Diätmatinee ergab trotz der Erhöhung des Preises um das Doppelte für die Kapelle des Vereins Hamburgischer Musikfreunde bei einer allerdings recht zahlreichen Beteiligung der Mitglieder und deren Freunde einen Ueberfluß von 359,50 Mk. Den Bericht von der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells erstattete Fahrmarkt. Im Anschlusse an den Gewerkschaftskongreß in Köln sei eine Zusammenkunft der Arbeitersekretäre geplant, zu welcher von Hamburg ebenfalls ein Sekretär delegiert werden sollte. Redner ging dann an der Hand des letzten Jahresberichts der Gesellschaft Gewerkschaftshaus Hamburg auf die Entfaltung und Entwicklung dieser Gesellschaft ein und hob hervor, daß sich bei der Aufstellung des Bauplanes gezeigt habe, daß das vorhandene Grundstück nicht ausreichte. Auch die Behörde habe Schwierigkeiten gemacht. Weiter sei in der Kartellbildung die Frage des ortsbildlichen Tagelohns, der für Hamburg seit 30 Jahren 3 Mk. betrage, behandelt worden. Es sei beschlossen worden, sich trotz einer früheren erfolglosen Eingabe nochmals mit einer solchen an den Senat zu wenden, den ortsbildlichen Tagelohn auf 4 Mk. zu erhöhen; dieser Eingabe soll eine ausführliche Begründung beigegeben werden. Lim ergänte den Bericht und gab aus dem soeben erstensierten Jahresberichte des Kartells einige Daten, soweit sie die Beteiligung der Buchdrucker am Kartelle betreffen. Redner betonte hierbei, daß sämtliche Bücher, die unsere Kollegen der Kartellbibliothek entliehen hätten, ebenfalls in unserer Bibliothek zu haben seien. Der Weg zu unserer Bibliothek sei doch jedenfalls der nächste. Hierauf wurde die Weiterberatung der Anträge zur Generalversammlung fortgesetzt. Dreier gab zunächst das Ergebnis der Wahl der Delegierten bekannt. In der Debatte über die Anträge betreffend Umlagekosten war die Meinung vorherrschend, daß ohne Beitragserhöhung, für die man sich auch nicht erwärmen könne, eine Erhöhung der Unterstützungsätze nicht möglich sei. Mehrfach waren auch die Äußerungen bezüglich der Anträge zur Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige. Besonders wurde betont, daß die Staffel für das Sterbegeld nicht zu weit ausgefüllt werden dürfe. Den Delegierten sei überhaupt zu empfehlen, mehr das Prinzip der Gewerkschaft zu vertreten als des eines Versicherungsverbands. Bei den Anträgen zur Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige wurde besonders der Antrag des Verbandsvorstandes zu § 1, durch den eine Verschärfung einträte, besprochen. Die Meinungen über diesen Antrag waren geteilt. Während man auf der einen Seite den Absätzen 2 und 3 zustimmen zu können glaubte, war man auf der andern Seite der Meinung, daß es nicht als besonderes Verdienst anzusehen sei, wenn jemand in einer Druckerei seine Lehrzeit absolvire, die ihm auch gleich nach Beendigung der Lehre die Gelegenheit biete, dem Verbands beitreten zu können. Wir hätten eine ganze Anzahl tüchtiger Kollegen, die in einer kleinen Stadt ihre Lehrzeit beendet und sich erst eine tarifmäßige Kondition habe suchen müssen, dem Verbands erst später beitreten konnte und nun dadurch gestraft würde, daß sie später bezugsberechtigt würde. Die Anträge der Maschinenmeister in bezug auf die Stellung des Verbandes zu den einzelnen Sparten fanden dahingehend Unterstützung, daß man sich für Uebernahme eines Teiles der Kosten des 1906 in Berlin stattfindenden Maschinenmeisterkongresses auf die Verbandskasse aussprach. Beim Punkte V: Besprechungen über unsere internationalen Beziehungen, wurde der Wunsch ausgedrückt, die internationalen Arbeiterkongresse zu beschicken. Die Anträge bezüglich des „Corr.“ brachten eine recht lebhafte Debatte. Dreier ist betrefßs Verlegung des „Corr.“ der Meinung, daß eine „Aufveränderung“ des Reaktors, die früher bei den fortgesetzten Kämpfen zwischen den Parteiblättern und dem „Corr.“ nötig war, jetzt, nachdem eine Linie zwischen beiden Teilen gezogen worden, und die auch zum überwiegenden Teile inne gehalten worden sei, lediglich wegen persönlicher Differenzen nicht zu befehlen sei. Planke griff den Kollegen Rejhäuser wegen dessen unbilliger und rechtshaberischer Weise recht heftig an, sprach von grenzenloser Ueberhebung, tadelte, daß R. das tarifliche über das Verbandsinteresse stellte und ersuchte, gegen die Wiederwahl des Kollegen Rejhäuser zu stimmen. Thorchauer äußerte sich ähnlich. R. solle nicht davon ausgehen, daß er allein die richtige Meinung habe. Für die Verlegung des „Corr.“ sei er aus taktischen Gründen, um ein besseres Zusammenarbeiten zwischen Verbandsvorstand und „Corr.“ zu ermöglichen. Scharnberg meinte, daß auf dem verurteilenden Standpunkte Plankes viele

Kollegen hier und anderswo ständen. R. stelle jeden Kollegen in einem Blicke dar, das ihn als den allein Klugen erscheinen lasse. Die Verlegung des „Corr.“ halte er für sehr zweckmäßig. Zimmermann schloß sich den stärksten Ausführungen gegen R. an. Es sei eine Schande, wie R. in unserm Gewerkschaftsblatte schreibe. Er sei auch für gänzliche Abfassung. Der obligatorischen Einführung des „Corr.“ stimme er im Prinzip zu. Köhler freute sich, daß zwei Vorstandsmitglieder so offen gegen R. Stellung nehmen. Ihm sei die Person R.'s gleichgültig, aber die Delegierten möchten dahin wirken, daß das System Mehrhäuser aufhöre. Seit Jahren verurtheile R. es, uns mit der Arbeiterchaft zu verfeinden. Wir verlangen, daß R. gegen jeden Kollegen einen anständigen Ton anschlage. Zehorhauer ist für eine Preiskommission. Diefelbe sei für beide Teile sehr angebracht, und der Redakteur würde entlastet werden. Keine konnte sich auch nicht mit allem einverstanden erklären, was R. schreibe. Er müsse aber an 1900 erinnern. Damals habe man auch R. angegriffen und nachher, als er hierher kam, ihm zugejubelt. Er überlasse es den Delegierten, gerecht zu urteilen. Andreas ging auch auf 1900 ein. Damals waren alle für R. Ebenso sei es in Berlin gegangen. Man müsse aber die Verhältnisse nehmen, wie sie liegen. R. werde seinen Standpunkt wie bisher verfolgen und sich nicht beeinflussen lassen. Er sei gegen die Preiskommission. Die würde sich kein Redakteur gefallen lassen. Schramm meinte, sobald man auf R. zu sprechen komme, würde die Debatte interessant. Die Meinungen über R. seien geteilt. Aber R. habe in der Verfolgung der Verbandsinteressen stets vornan gestanden, wenn es auch angezweifelt werde. Das gewerkschaftliche Interesse habe er stets hoch gehalten. Fehler habe R., wie jeder andre auch. Schanzberg: Die Mehrzahl der Kollegen sei gegen R.'s Schreibweise, die man von Mitgliefern anderer Gewerkschaften häufig vorgeworfen bekäme. 1900 habe R. ebenjogut sein Teil bekommen. Er sei für eine Verlegung des „Corr.“, der auch in Hamburg erscheinen könne, aber gegen eine Preiskommission. Von den Anträgen zu den übrigen Punkten wurde nur noch der Antrag des Verbandsvorstandes betreffs des Härtelbenfalls besprochen, bei welcher Gelegenheit die Verdienste Härtels besonders hervorgehoben wurden. Gleichzeitig wurde auch darauf hingewiesen, ob es nicht richtiger wäre, statt des Härtelbenfalls eine Härtelstützung zu gründen. Nach Erledigung einer Anfrage über Ausfühlfunktionen sowie nach einer lebhaften Debatte über den Kartenerwerb zur Dampferfahrt nach der Riße erfolgte Schluß der Versammlung (Anmerkung der Redaktion: Von den Ausführungen des Kollegen Klante bringt die Redaktion nur einen Extrait. Einmal benutzte Kollege Klante die ihm durch sein Berichterstatteramt gebotene Gelegenheit zu so umfangreichen Ausführungen, die in gar keinem Verhältnisse zu denen der übrigen Redner stehen. Andererseits aber erhebt er gegen den Kollegen Mehrhäuser eine ganze Reihe von solchen Vorwürfen und Beschuldigungen, die einmal nicht den zugrunde liegenden Tatsachen entsprechen, zweitens aber nicht unwiderprochen bleiben könnten. Da damit aber den Generalversammlungsdebatten vorgegriffen wäre, so kann eine derartige Diskussion jetzt nicht im „Corr.“ eröffnet werden.)

Hamburg. Am 21. Mai erfolgte hier selbst die Gründung eines Korrektorenvereins für Hamburg-Altona. Zur konstituierenden Versammlung waren etwa 25 Korrektoren erschienen, wovon 21 dem Vereine beitraten. Wenn man berücksichtigt, daß für hiesigen Ort etwa 60 bis 70 Korrektoren in Betracht kommen, so ist zu bemerken, daß dem neuen Vereine ein gut Stück Agitationsarbeit zu verrichten bleibt. Ohne Zweifel hat die von seiten des Hamburger Senates angeregte Wahlrechtsfrage unsere Versammlung insofern beeinflusst, als am 22. Mai die Protestversammlungen gegen den Wahlrechtsraub abgehalten wurden. Da in nächster Zeit eine weitere Versammlung abgehalten wird, welche sich mit der Vorstandswahl und dem Statutenworte befassen wird, dürfte es wohl nun Aufgabe der Mitglieder des neuen Vereins, besonders aber der Verbandsmitglieder sein, nach Kräften für die Gewinnung neuer Mitglieder zu sorgen. Anmeldungen werden entgegengenommen und jede weitere Auskunft erteilt der provisorische Vorsitzende Kollege H. Heidinger, Hamburg-Altona, Papenstr. 31.

Hannover. Neben der Annahme des Statuts war es hauptsächlich der Anschließung an die Zentralkommission der Korrektoren, dessen Besprechung fast die ganze Zeit unserer am 14. Mai abgehaltenen Versammlung des Korrektorenvereins in Anspruch nahm. Die Bedingungen des Anschlusses sind eben ein wenig sehr „einnehmend“, welche ebenfalls auch der Organisierung und dem Anschlüsse andernorts teilweise hindernd sind, nicht nur die Gleichgültigkeit. Jedoch in Anbetracht der Ziele, welche die Zentralkommission erreichen machen soll, müssen eben Opfer gebracht werden — möglich, daß sie sich noch etwas einschränken lassen. Die Versammlung verkaufte keineswegs, daß unser hauptsächlichstes Streben, Einigung der Korrektoren in den Tarif, nur von der Gesamtheit der Korrektoren unter einheitlicher Leitung betätigt werden kann. Ein Minimum, Bestimmung des Arbeitsquantums und Befestigung der Abzüge, diese drei Punkte wurden als notwendig bezeichnet, als Grundlage der Korrektorenbestimmungen ausgebaut zu werden. Der Anschließung erfolgte unter aller Umwunden Zustimmung. Betreffs der Entwicklung des Vereins konnte konstatiert werden, daß sich in Hannover fast sämtliche Verbandskollegen angeschlossen haben, in Braunschweig bisher vier

(wovon Kollege Rubrecht delegiert war), und in Melle zwei, so daß nahezu 30 beigetreten sind. Gleichwie in Würzburg auf dem bayerischen Goutage, wird jedenfalls auch in Göttingen auf dem hannoverschen Goutage die Spartenfrage angeschnitten werden, um eventuell der Generalversammlung Fingerspize zu geben, wie diesen Bestrebungen eine andre Grundlage gegeben werden kann, ja eigentlich muß. Die Sparten lassen sich anders basieren, so daß Nebenbestrebungen nicht aufkommen können, jedoch muß dieser Umbau nicht bei einer, sondern bei allen Sparten bewirkt werden.

O. V. Leipzig. Jean von Oberstraten, der Schriftführer des Typographischen Studentenklubs in Brüssel, er sucht die Mitbewerber des letzten internationalen Preisauswählens, betreffend Zustellung ihrer Diplome noch um ein wenig Geduld. In den nächsten vierzehn Tagen werden sie in den Händen der Prämierten sein. Die Herstellung erforderte viel Zeit; hierauf wanderten sie ins Ministerium, wo jedes einzelne vom Preisrichterkollegium teilnehmenden Vertreter der Regierung unterschrieben wurde. Für den diesjährigen Wettbewerb, bei dem 1500 Franzen bar zur Verteilung kommen, liegen die von den Brüsseler „Annales de l'Imprimerie“, 42 rue des Bogards, in deutscher Sprache veröffentlichten Bedingungen gelegentlich der vom 4. Juni ab in der Gutenberghalle des Leipziger Buchgewerkschaftsverbandes von der Typographischen Vereinigung veranstalteten Ausstellung der 400 vorjährigen Entwürfe in genügender Anzahl auf.

G. München. (Maschinensekretärklub.) In der Maiversammlung wurden zwei Aufnahmen vollzogen. Der von der Zentralkommission angeregte Anschließung Augsburgs an München wurde vorläufig abgelehnt. Die von der Zentralkommission gemachten Vorschläge betreffend die Maschinensekretärkonferenz fanden die Zustimmung der Versammlung mit Ausnahme des Delegationsmodus. Diesbezüglich wird vorgeschlagen: Bis zu 50 Mitgliedern einen Delegierten, je weitere 25 Mitglieder einen Delegierten mehr; weniger als 25 überschüssige Mitglieder kommen nicht in Anrechnung (bis 74 = 1, 75 bis 124 = 2 usw.). Es wird vorgeschlagen, daß die Abstimmung auf der Konferenz nicht nach der Delegiertenzahl, sondern nach der Zahl der vertretenen Mitglieder erfolgen soll. Auch die Zusammenlegung bzw. der Anschließung von kleinen Vereinen zu Wahlkreisen könnte in Erwägung gezogen werden. Mit den Augsburger Kollegen soll auch neuer wieder eine Zusammenkunft stattfinden. Der im „Allg. Anz. f. d.“ erschienene Artikel des „Kollegen“ (Paul Engelbrecht)-Baden-Baden fand die schärfste Mißbilligung, und schloß sich die Versammlung dem Proteste des Oberbayerischen Maschinensekretärvereins an.

Bezirk Münster. Die zweite diesjährige Bezirksversammlung, welche am 7. Mai in Dülmen stattfand, war von 44 Kollegen besucht, und zwar aus Münster 30, Dülmen 5, Cölsfeld 4, Emsdetten 3, Warendorf und Haltern je 1, außerdem waren noch 3 Kollegen aus Dortmund als Gäste anwesend. Nach Aufnahme eines Kollegen aus Gronau erstattete der Kollege Beckeser einen ausführlichen Bericht von dem an den beiden Osterfeiertagen in Essen abgehaltenen Goutage. Ein Antrag Beckeser: „Wahl einer Agitationskommission für den Bezirk Münster“, wurde nach längerer Diskussion von dem Antragsteller zurückgezogen. Zu einer inzwischen in Dülmen abgehaltenen öffentlichen Buchdruckerversammlung wurde für die hieran teilnehmenden Mitglieder des Bezirkes die volle Fahrt vierter Klasse aus der Bezirkskasse bewilligt. Der Kassierer erstattete hierauf den Kassensbericht pro erstes Quartal 1905 und wurde ihm von der Versammlung Decharge erteilt. Die Bezirkskasse hatte am Ende des ersten Quartals einen Bestand von 125,24 Mk. Unter Verschuldetem wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt und hierauf die Versammlung um 8 Uhr geschlossen.

R. Stettin. Unsere letzte Versammlung am 21. Mai beschäftigte sich u. a. auch mit der Beratung über die zur Generalversammlung gestellten Anträge. Einstimmig erklärten sich die Kollegen gegen den Berliner Antrag auf Kündigung des Tarifes. Den materiellen Forderungen des Berliner Antrages wurde zugestimmt und die Erwartung ausgesprochen, daß sich die Generalversammlung in Rücksicht auf die Provinzverhältnisse für Revision des Tarifes erklären werde. Bei dem Antrage des Hauptvorstandes, Bewilligung der Kosten für das Denkmal unferer Härtel, bemerkte der Vorsitzende, daß er sich die Enthüllung anders, unter Teilnahme von Buchdruckervertretern aus ganz Deutschland, gedacht habe, da das Denkmal auf Kosten des Verbandes errichtet werde. Im Laufe der Debatte wurde ein Antrag eingebracht, den Bezirksvorsitzenden zur Denkmalsentstellung zu delegieren (eventuell auch als Vertreter des Obergauzes); der Antrag wurde nach Für und Wider angenommen. Wir bitten nun diejenigen Bezirke und Goutage, die bei der Enthüllung nicht durch Kollegen sänger vertreten sind, sich unserm Vorgehen anzuschließen in Rücksicht auf die Würde des Verbandes und das Gedenken an unsern Verbandsgründer. Eine Enthüllung des Denkmals in Gegenwart der Delegierten zur Generalversammlung wäre dem Einander noch sympathischer gewesen.

Duedlinburg. In der am 14. Mai im benachbarten Thale abgehaltenen zahlreich besuchten Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins konnten sechs neuangelernte Kollegen in den Verband aufgenommen werden. Im Anschlusse an die Berichterstattung der Delegierten über die Verhandlungen des Goutages, mit dessen Beschlüssen

sich die Versammelten im großen und ganzen einverstanden erklärten, entspann sich eine rege Aussprache über die in Berlin und Leipzig gegenwärtig beobachtete Haltung der dortigen Kollegen. Folgende Resolution fand schließlich gegen eine Stimme Annahme: „Die heutige Versammlung der Kollegen von Duedlinburg und Thale sieht in den Vorgängen in Berlin und Leipzig eine bedauerliche Untergrabung des mühsam errichteten Tarifwerks. Sie konstatiert, daß die jetzige Taktik des Verbandes von großen Vorteilen für die Provinzkollegenchaft gewesen ist und er sucht dringend, an derselben festzuhalten und in Konsequenz dessen nicht in eine Kündigung, wohl aber in eine Revision des Tarifes einzutreten.“ Nach Erledigung einiger die Allgemeinheit nicht interessierender Sachen erfolgte Schluß der Versammlung und gruppenweise Spaziergänge in die nahe Harzberge.

Andershan.

Ferien! Die Buchdruckerei Heinrich Feilchenfeld in Berlin bewilligte ihrem Personale einen Sommerurlaub.

Ein Ausbund von Willfährigkeit, Vielseitigkeit und Tüchtigkeit muß der Finger der schwarzen Kunst sein, den die Buchdruckerei Enstl in Moosburg bei München in der „Augsburger Abendzeitung“ durch folgende Annonce ausbietet: „Schriftsetzer — Buchbinder! Für einen 22-jährigen, kräftigen, sehr willigen Seher, der alle einfachen Arbeiten erledigt und auch gelegentlich in Buchbinderei mithelfen kann, sowie alle sonstigen Dienstleistungen gerne verrichtet, suche unter bescheidenen Ansprüchen in kleinerem Geschäfte, möglichst in Südbayern, dauernde Stelle.“ Die Galle möchte einem überlaufen, wenn man sieht, wie hier ein junger Buchdrucker förmlich auf den Gehirnbauwerk getrieben wird. Wie oft haben wir schon das Gebären der Händler mit weißen Sklaven — der Stellenvermittler für galizische usw. Arbeitskräfte — verurteilt, und nun erleben wir so etwas selbst im Buchdruckerverber!

Unter der Stichmarke: „Glück eines blinden Seher's“, schreibt die „Buchdrucker-Woche“, „Carmen Sylva, die Königin von Rumänien, hatte einen blinden Seher aus einem Verborgenen heraufgenommen, weil sie die Befestigung hegte, er würde sich in diesem der Ruhe gewidmeten Hause aus Verzweiflung das Leben nehmen. Sie beschäftigte ihn mit dem Uebertragen ihrer Werke in Blindenschrift. Nach mehrwöchentlicher Arbeit hat nun der Seher, wie die Königin selbst erzählt, eine neue einfache Maschine erfunden, deren Herstellung nur etwa 25 Mk. kosten würde, während jetzt eine Maschine 200 bis 300 Mk. kostet. Die Königin hat für den blinden Seher die Erfindungspatente nehmen lassen, und jetzt werde es möglich sein, den Blindenunterricht auf breiterer Basis zu betreiben, alle Werke mit Leichtigkeit und ohne große Kosten in Blindenschrift herzustellen und sämtliche Disziplinen den Blinden zugänglich zu machen. Der Blinde werde dann in einen viel größeren Kreis der Erwerbstätigkeit eintreten können und nicht mehr fast ausschließlich auf mechanische Arbeiten, wozu er ja weniger Kraft, wenn auch Befähigung besitze, beschränkt sein.“

Konkursöffnung: Buchdruckerei Fabian & Co. in Rawitz. — Geistliche Verlagsanstalt und Druckerei (Zuh. Dr. Emil Rehm) in Gießen.

Als einen modernen Zeitungsbetrieb schildert die „Vossische Zeitung“ die in London erscheinende „Daily Mail“. Dieses Blatt wird nämlich in Zukunft fast zur selben Stunde in Paris erscheinen wie in London, wodurch vor den anderen Londoner Blättern ein Vorsprung von acht Stunden erzielt wird. Gleichzeitig ist damit auch die Einrichtung getroffen, daß „Daily Mail“ vor allen englischen Zeitungen in Marseille eintrifft, und zwar immer so, daß sie immer mit einem Postdampfer abgeht, den die Konkurrenzblätter nicht mehr erreichen, so daß sie in Ägypten, Indien, Australien und Neuseeland mehrere Tage früher als andere Blätter erscheint. Das fast gleichzeitige Erscheinen in London und Paris wird dadurch ermöglicht, daß der Wortlaut des Inhaltes der „Daily Mail“ nach Paris telegraphiert und dann dort gesetzt und gedruckt wird.

Wie eine Redaktion hineingelegt werden kann, zeigte wieder ein gegen den verantwortlichen Redakteur der „Saarwacht“ geführter Prozeß. In diesem Platte war gegen einen Stadtverordneten in Mailfahl-Burbach die Beschuldigung erhoben, derselbe habe die Frau eines Fabrikarbeiters bei seinen Besuchen als Armenpfleger mit unstatlichen Anträgen belästigt. Die Frau hatte jedoch die Redaktion angelogen, kein Wort war an der Geschichte wahr. Der Redakteur kam mit einem Monate Gefängnis davon, die Frau aber erhielt sechs Monate.

Wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern wurde der frühere Bureaubeamte des Metallarbeiterverbandes in Dresden, Bruno Weinhof, zu sechs Monaten Gefängnis und zweijährigem Ehrverlust verurteilt. Die unterschlagene Summe beläuft sich auf 445 Mk. Von der Anklage, einem andern Bureaubeamten 379 Mk. aus der von diesem verwalteten Kasse gestohlen zu haben, wurde Weinhof freigesprochen.

„Mit Hartnäckigkeit Politik getrieben“ hat nach Ansicht des Landgerichts Halle a. S. die dortige Filiale des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Der Geschäftsführer dieser Zahlstelle hatte sich deshalb wegen Uebertretung des § 8a des preussischen

Leberkrankheiten	2
Blasenkrankheiten	2
Erbs	2
Windbarmentzündung	2
Kopffrose	2
Nierenentzündung	1
Schädelbruch	1
Alkoholvergiftung	1
Morphiumvergiftung	1
Diphtherie	1
Unterleibschwindel	1
Zuckerkrankheit	1
Hodenentzündung	1
Wassersucht	1
Folgen der Operation	1
Beringlückt	3
Selbstmord	9
Ohne Angabe	17

Zus. 283.

Leipzig. Ergebnis der Delegiertenwahl zur Generalversammlung in Dresden. Eingegangen 2224 Stimmzettel, davon ungültig 14, weiß 6, gespalteter 28. Es erhielten Stimmen als Delegierte die Kollegen: Engelbrecht 2096, Hesselbarth 1559, Wogenitz 2053, Lanneberger 2087, Bahn 2111, Mylan 1977, Kosi 2080, Müller 2134; als Stellvertreter: Liebesitz 2042, Zeymer 2050, Waffe 2067, Seyfarth 2080.

Düsseldorf. (Delegiertenwahl zur Generalversammlung des Verbandes.) Abgegeben 377 Stimmzettel, davon weiß 3. Gewählt wurde als Delegierter: F. Behrendt mit 374, als Stellvertreter: M. Wittenberg mit 350 St. (Delegiertenwahl zur Generalversammlung der Zentralinvalidentasse i. d. R.) Abgegeben 141 Stimmzettel. Gewählt wurde als Delegierter: F. Behrendt mit 141, als Stellvertreter M. Wittenberg mit 133 Stimmen.

Bezirk Essen. Der Drucker Simon Fehle aus Urfau, früher in Buer i. W., jetzt in Witten in Kon- dition, wird erlucht, seine Reste innerhalb acht Tagen an M. Adamczewski in Essen, Salkenbergsweg 2, zu be- gleichen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Deffau. An Stelle des zurückgetretenen Kollegen Wolf wurde Kollege Georg Könnede, Arbeiterbruderei, zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Hadersleben. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: C. Jürgensen, Ringenberg 215, Vorsitzender; C. Schröder, Schlachterstraße 649, Kassierer; A. Kiedel, Schriftführer.

Mannheim. (Mittelrheinische Maschinenerever- einigung.) Der Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: Frh. Lebtuchen, Krappmühlstraße 9, II, erster Vor- sitzender; August Braun, zweiter Vorsitzender; Jos. Bergen, Schriftführer; Rud. Parpart, T 6, 9, IV, Kassierer; Otto Boldt und Wilh. Klamm, Beisitzer.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einnahmen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigestigte Adresse zu richten):

In Apolda die Setzer L. Otto Raub, geb. in Apolda 1886, ausgel. daf. 1905; 2. Hermann Nothe, geb. in Apolda 1886, ausgel. daf. 1905; waren noch nicht Mitglieder; 3. Hugo Pfeifer, geb. in Apolda 1891, ausgel. daf. 1900; war schon Mitglied. — Karl Helmholz in Weimar, Bahndorstraße 20, I.

In Bochum die Setzer 1. Heinrich Bender, geb. in Münstermaifeld 1886, ausgel. daf. 1903; 2. Wilhelm Schwarze, geb. in Ferne 1887, ausgel. in Wanne 1905; 3. der Drucker Robert Gervin, geb. in Alten- Bochum, ausgel. in Bochum 1896; waren noch nicht Mit- glieder. — Emil Albrecht in Bochum, Biemelshausstr. 33.

In Ebingen der Setzer August Binder, geb. in Bisingen (Hohenzollern) 1876, ausgel. in Echingen; war noch nicht Mitglied. — In Weisklingen der Setzer Albert Müller, geb. in Weisklingen 1897, ausgel. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Schwab = Hall der Setzer Hermann Brünne, geb. in Comburg bei Schwab = Hall 1887, ausgel. in Schwab = Hall 1905; war noch nicht Mitglied. — In Heilbronn der Setzer Emil Schmid, geb. in Heilbronn 1887, ausgel. in Heilbronn 1905; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart die Setzer 1. Eugen König, geb. in Stuttgart 1886, ausgel. daf. 1905; 2. Ludwig Gall, geb. in Stuttgart 1887, ausgel. daf. 1905; 3. Richard Dauer, geb. in Stuttgart

1886, ausgel. daf. 1905; die Drucker 4. Otto Deyler, geb. in Stuttgart 1887, ausgel. daf. 1905; 5. Wilhelm Schäfer, geb. in Stuttgart 1887, ausgel. daf. 1905; 6. Karl Schurr, geb. in Stuttgart 1887, ausgel. daf. 1905; 7. Robert Wölter, geb. in München 1887, aus- gelert in Stuttgart 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Waiblingen der Setzer C. Arnold, geb. in Schil- tach 1884, ausgel. in Marbach a. N. 1903; war noch nicht Mitglied. — Karl Nie in Stuttgart, Taboftr. 16.

In Essen die Setzer 1. Karl Schneemilch, geb. in Elbingerode 1881, ausgel. in Bernigerode 1899; 2. Hugo Spelleker, geb. in Essen 1886, ausgel. daf. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Gelsenkirchen die Setzer 1. Julius Besterhoff, geb. in Wattencheid 1881, aus- gelert daf. 1899; 2. Heinrich Hülsbrömer, geb. in Altenhagen (Kr. Hagen) 1882, ausgel. in Münster 1902; waren schon Mitglieder; 3. Joh. Treitz, geb. in Herme- teil 1887, ausgel. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — Otto Kraus in Essen, Kasianienallee 92.

In Kattowiß die Setzer 1. Paul Wenger, geb. in Breslau 1887, ausgel. in Kattowiß 1905; 2. Leon Drowko, geb. in Zabotze-Dorf 1885, ausgel. in Zabrze 1903; 3. Felix Kaminsky, geb. in Widzrau (Kr. Hofen- berg) 1887, ausgel. in Kattowiß 1905; 4. Jos. Magiera, geb. in Hohenhegütte 1887, ausgel. in Kattowiß 1905; die Schweizerlegen 5. Franz Kowallek, geb. in Bogut- schütz 1885, ausgel. in Kattowiß 1903; 6. Ant. Pawleta, geb. in Gwasche 1886, ausgel. in Dppeln 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Zabrze die Setzer 1. Emil Gaibekta, geb. in Laurabütte 1870, ausgel. in Zabrze 1888; 2. Adolf Günther, geb. in Königsberg i. Pr. 1882, ausgel. in Haguit (Distr.) 1900; waren schon Mit- glieder. — Franz Hadrian in Beuthen (D.-S.), Bismard- straße 1, II.

Buchdrucker- und Schriftgießerverein in Kronlande Salzburg.

Salzburg. Als Reiseleiter fungiert Kollege Richard Jarosch, Steingasse 44, I (6/7, bis 7/8 Uhr abends). — Vom 1. Juni ab befindet sich der Berkehr im Stieglbräugethause, Wfättengasse.

Maschinenmeister

in allen Druckarbeiten nachweislich tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter, von einer süd- deutschen Provinzdruckerei mit Zeitungsverlage gesucht. Anerbieten von nur erfahrenen Kräften mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter N. O. 1105 an **Rudolf Hoffe**, Rürnberg, erbeten. [154]

Gute Stellen! i. tücht. Fachm. d. Erw. e. H. Druckerei u. Lokalf. Preis 6000 Mk. o. bek. sich Pfeifer st. da das Geschäft erweiterungs- rüf. W. Dff. u. Nr. 178 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Mehrere Schriftsetzer und ein Maschinenmeister, welcher das Ge- heimnis der Buchdruckerei, legen bejorgen kann, zum 5. Juni auf 14 Tage zur Ansicht ge- sucht. Buchdruckerei **Viktor Seffort**, Chimaystraße, Luzernburg. [157]

Gesucht per sofort:
Ein Maschinenmeister
tüchtig. Zurichter von Stereotypplatten, in dauernd Stellung sowie
zwei flotte Werksetzer
zur Aushilfe für 4 bis 6 Wochen und erbitte Off. mit Gehaltsansprüchen.
Otto Bachmann, Saulgau (Württembg.). [165]

Stempelschneider
in Stahl- und Zengarbeiten geübt, finden bei guten Leistungen angenehme Stellung in Leipzig. Werte Offerten mit Mustern und Angabe der Anfertigungszeit bejördert ver- trauensvoll unter N. B. 70 die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein jüngerer, tüchtiger
Stempelschneider
der in Zeng- und Stahlarbeiten bewandert ist, wird unter günstigen Bedingungen ge- sucht. Werte Offerten mit Gehaltsanspr. und Abschriften selbstgefertigter Arbeiten er- beten an **Schriftgießerei Glinski**, Frank- furt a. W. [164]

Schriftgießerei.
Sprachen u. branchekundiger, gut eingeführter
Reisender
mit besten Referenzen sucht Stellung. Werte Angebote erbeten unter S. K. 7600 an **Rudolf Hoffe**, Stuttgart. [166]

Jüngerer Setzer
in allen Setzarten bewandert, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, sofort eventuell später dauernde Kondition. Werte Offerten erbeten an **O. Fohs**, Eilenburg, Weststr. 12 [169]

Wo findet junger, tüchtiger Maschinen- meister Gelegenheit, sich an der Kona- tionsmaschine anzubilden?
Selbiger ist mit der Schnell- und Ziegeldruck- preise vollständig vertraut. Werte Offerten unter C. K. 174 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Jüngerer Buchdrucker
welche sich technisch ausbilden wollen, kann ein Abonnement auf die **Unterrichtsbriele für Buchdrucker** nicht dringend genug empfohlen werden! Man verlange Prospekte von der Ge- schäftsstelle der „Typographischen Jahrbücher“, Leipzig-Reudnitz, Senefelderstraße 13/17. [42]

Rein auf sein Vorwärtskommen Be- dachter Familienwater sollte ver- säumen, zu bestellen die ausfallende Broschüre:

Praktischer Malthusianismus
von Dr. E. Heuse. [140]
2 Bogen. 8°. Preis 50 Pf.
Verlag von **Max Schmidt**, Leipzig-R. 90.

Johannisfest 1905.
III. Auflage
des Wandbroschüre: „Wort groß' die Kunst!“
Prächtigster Schmuck für jedes Buchdrucker- heim!
Preis 80 Pf. Porto u. Verpackung 15 Pf.
Graphische Verlags-Anstalt, P. Goldschmidt,
Halle a. S., Körnerstraße 7. [175]

Lipsia!
Auflösungspasta für selbstgebadene Schrift.
Zahrelang gestandener Satz in neuer Schrift
sowie Stereotypverlag wird rasch dadurch ge- löst und läßt sich leicht ablegen. Pro Kilo 4 Mk. 2. **Harndner**, Leipzig, Kuzst. 7.

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein
Sitz Berlin.
Donnerstag den 1. Juni (Himmelfahrtstag):

Herrenpartie
nach Regel, Zenger See, Zengerort, Würfelde usw.
Zesspunkt 10 Uhr in Regel, Restaurant
T r a p p, Bahnhofsstr. 1 (direkt am Bahnhof),
5 Min. von der Haltestelle der elektr. Straßenbahn.
Zahlreicher Beteiligung steht entgegen.
Die Vergnügungskommission.

Gera.
Somabend den 27. Mai:
Monatsversammlung
im Vereinslokale. Geldbewilligung. [179]

Ueber Seksmaschinen.
Hid. Härtel in Leipzig-R. — 1,80 Mk.

Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Für die Herrenpartie am Himmelfahrtstage nach Königswusterhausen
geben wir noch folgendes bekannt: Abfahrt von Görlitzer Bahnhofe 7 Uhr 40 Min., von Johannis- thal (Fernverkehr) 7 Uhr 54 Min. Für Nachzügler bis um 11 Uhr Treffpunkt in Neumühle, im Lokale „Zur Neuen Mühle“. Die Kommission. [180]

Hagen in Westf.

Sonntag den 28. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Volkshaus, Wehringhauserstraße:
Deffentliche Buchdruckerversammlung.
Tagesordnung: „Die Lage im Buchdruckgewerbe und die Aufgaben der Gehilfen- organisation“. Referent: Kollege Hechhäuser aus Leipzig. — Alle Kollegen des Bezirke und der umliegenden Druckorte sind zu dieser Versammlung freundschaftl. eingeladen.
Der Vorstand. [177]

Moderne Linienarbeiten bringt das soeben erschienene Heft V der Typo- graphischen Jahrbücher. Ausserdem noch wunder- schön ausgeführte originelle Blätter der Farbenfabriken von Jänecke & Schneemann in Hannover sowie Illustrations-Druckproben von Hessel in Nerchau und eine grosse Anzahl Papierproben modernsten Dessins. Ueber 20 Kunstbeilagen schmücken das Heft! **Ohne Konkurrenz!** Jede Buchhandlung nimmt Bestellungen an. Preis 40 Pf. pro Heft.

Für Johannisfest-Komitees
empfehle:
Musik- und Theaterstücke, Couplets, Gesangsvorträge, speziell für Buch- druckereien bearbeitet. Verlagsartikel, Hesperidenkornen (jezt in zwei Ausführungen), Vereinsabzeichen, bedeutend werblich, Dekorations- artikel usw. — Soeben ausgegebene Preisliste, Ausgabe B, bitte zu ver- langen (gratis und franko).
Herrmann Sachse, Halle-Trotha.

Gutenberg Leipzig.

Am Himmelfahrtstage (Donnerstag den 1. Juni):

Familienfrühpartie
mit Musik nach Großschadower
(Walzst. „Zum Trompeter“).
Zesspunkt: Spieckbrücke. Abmarsch punkt 7 Uhr.
Alle aktiven und passiven Mitglieder werden zur Beteiligung freundschaftl. eingeladen.
Der Vorstand. [176]

Den jungen Kollegen besonders zu empfehlen:
Anhang zum Parise
von **Konrad Gähler**, Leipzig, Salomonstr. 8
Preis pro Exemplar 10 Pf.
Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Worte wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 Stück 4 Pf., 8 Stück 5 Pf., 9 bis 30 Stück 10 Pf. beilegen.

Technik der bunten Akzidenz.
Hid. Härtel in Leipzig-R. — 3,50 Mk.

Nach schwerer Krankheit verschied heute unser lieber Kollege, der Setzer
Paul Schubert
im Alter von 83 Jahren. Wir verlieren in ihm ein braves Mitglied und sein An- denken werden wir in Ehren halten.
Freiberg, den 24. Mai 1905.
Die Mitglodschaft Freiberg. [181]

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgartenstrasse 43
liefern Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Durcheinander. Mehrere Zeichnungen u. Skizzen von G. Zilberis, Zitelblättern, Zierleisten, Wig- netten usw. Von Sattler. 1897. Unge- stalt 20 Mk. für 10 Mk. angeboten.
Die Buchführung im Buchdruckergewerbe, theo- retisch und praktisch dargestellt, mit einem Anhang über die Buchführung bei kleinen Betrieben, Zeitungsdruckereien, Aktiengesell- schaften usw. Bearbeitet von Prof. Eugen Schigut in Wien. 3 Mk.
Stil und Ornament in Akzidenzfrage. Von Heinrich Hoffmeister. 1 Mk.
Zinrentenmodell (280). Von G. Gae. 1 Mk.